

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Vereinbarung.

Der Kölner Gewerkschaftskongress.

ESLN, 28. Mai.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung, das unter den Kongress-Teilnehmern lebhaften Widerhall fand, ist der Gewerkschaftskongress gestern geschlossen worden. Bömelburg, der Vorsitzende des Kongresses, konnte am Schlusse der Verhandlungen unter dem großen Beifall der Kongress-Teilnehmer erklären, daß Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei zusammengehörten und daß nichts in der Lage sei, die Einigkeit beider zu stören. Gleichwohl kann die bürgerliche Presse ein Gefühl der Befriedigung nicht unterdrücken darüber, daß die Gewerkschaften auf diesem ihrem Kongress in einen starken Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei getreten seien, und auch in der Parteipresse wird aus den Kongress-Verhandlungen der Schluß gezogen, daß starke Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften vorhanden wären. Ich kann diese Ansicht, die gar zu sehr nach dem äußeren Eindruck, den die Kongress-Verhandlungen hervorriefen, urteilt, durchaus nicht teilen.

Alle jene Kongress-Teilnehmer, die während der Verhandlungen mit Anschauungen hervortraten, welche zu der offiziellen Parteianschauung in einem gewissen Widerspruch stehen, sind im Grunde genommen gute Parteigenossen, und sie denken nicht daran, mit der Partei in irgend welchen Gegensatz zu treten; das muß hervorgehoben werden, um die richtige Würdigung der Verhandlungen zu ermöglichen. Und die Partei kann sich diese Debatten ruhig gefallen lassen, ohne an ihrem Ansehen oder an ihrem Bestand Schaden zu leiden.

Die Sache liegt für mich einfach so, daß die Gewerkschaften sich so stark entwickelt haben, daß sie bei Entscheidungen wichtiger Fragen, die ihr Interesse eng berühren, nicht mehr übergegangen werden wollen und nicht mehr zu übergehen sind. Es ist die Gewerkschaft, die an der Gestaltung der Maifeier das größte Interesse hat; demgegenüber hat sie aber darauf bisher gar keinen Einfluß gehabt. Das war denn doch nicht das richtige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft, und aus diesem Mißverhältnis heraus erklären sich meines Erachtens auch die rednerischen Entgleisungen, welche gerade in der Maifeierdebatte zu verzeichnen waren. Der Kongress hat zur Maifeier Beschlüsse nicht gefaßt. Damit ist aber die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß mehr als die Hälfte der organisierten Arbeiter Deutschlands Gegner der jetzigen Form der Maifeier sind. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich dem Eindruck dieser Tatsache nicht entziehen können und entziehen wollen. Das war wohl auch die Überzeugung des Genossen Volk-Gotha, der hat, man möge seitens der Gewerkschaften wenigstens bis zum nächsten Parteitag die Beschlussfassung über die Maifeier unterlassen. Ich kann als Mitantwortssteller des Antrags Glocke diese Entwicklung der Dinge auf's tiefste bedauern; damit ist aber, wie gesagt, die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß mehr als die Hälfte der Gewerkschaften Gegner der Arbeitsruhe sind. Und will man auf die Dauer Demonstrationen beschließen, die bei der Hälfte der organisierten Arbeiterkraft auf Widerstand stoßen?

Ebenso liegt die Sache bei der Frage Arbeitskammern oder Arbeiterkammern. Die Partei hat an offizieller Stelle zu dieser Frage überhaupt noch nicht Stellung genommen. Der Gewerkschaftskongress hat sich mit Zweidrittelmehrheit für Arbeiterkammern ausgesprochen im Gegensatz zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sich bisher immer noch für Arbeitskammern entschied. Aber kann denn dieser Beschluß auch nur das geringste an dem innigen Verhältnis, das zwischen Gewerkschaft und Partei besteht, ändern? Es wäre um beide schlimm bestellt, wollte man solchen Befürchtungen Raum geben. Es ist doch nicht das erstemal, daß sich in der Arbeiterbewegung über irgend eine Frage gegensätzliche Anschauungen bemerkbar machen. Und auch in der Partei selbst sind die Meinungen über die Frage Arbeitskammer oder Arbeiterkammer keineswegs geklärt. Gerade in den letzten Jahren sind in den verschiedenen Landesparlamenten von den Vertretern der Partei in dieser Frage Ansichten vertreten worden, die mit der parteioffiziellen Schablone schlecht in Einklang zu bringen sind. Von einer

Mißstimmung über diese abweichenden Anschauungen war bisher keine Rede, und man wird in Parteikreisen gut tun, auch weiter bei der Lösung dieser Frage den nötigen Gleichmut zu bewahren.

Die Stellung des Kongresses zum Generalstreik ist so ausgefallen, wie sie ausfallen mußte. Solche Dinge, wie Generalstreik und politischer Massenstreik haben mit den Gewerkschaften aber auch nicht das mindeste zu tun. Darüber herrschte auf dem Kongress eine seltene Einmütigkeit. Auch in Parteikreisen dürfte der Generalstreik kaum nennenswerte Anhänger haben.

Es ist zu betonen, daß gerade die Debatte über den Generalstreik sich auf einer besonderen geistigen Höhe bewegte, wie überhaupt die Verhandlungen in dieser Beziehung recht befriedigten. Ich bin ja auf einem Gewerkschaftskongress bisher nicht gewesen und kann infolgedessen nicht sagen, ob sich die Verhandlungen dieses Kongresses gegen die vorigen Kongresse vorteilhaft abheben oder nicht. Ich war aber auf den Parteitagen in Eöln und Frankfurt a. M. als Delegierter anwesend, und an diesen gemessen stellte der Eölnner Gewerkschaftskongress doch einen gewaltigen Fortschritt dar. Allerdings, wer oratorische Schaustücke erwartet hatte, der kam jetzt in Eöln nicht auf seine Kosten. Die Schönrederei verträgt sich nun einmal nicht mit intensiver praktischer Organisationsarbeit. Ebenso wenig wurde der befriedigt, der die Verhandlungen in Eöln vom Standpunkt der sozialistischen Theorie oder Doktrin beurteilen wollte. Aber die Theoretiker und Doktriniere werden in den Gewerkschaften wohl immer recht viel Enttäuschung erfahren.

Wer aber ernste, fleißige und erfolgreiche Organisationsarbeit von dem Kongress erwartet hatte, der wurde durchaus befriedigt. Dem gewährten vor allen Dingen die Debatten über Streikunterstützung, das Referat über das Zentral-Arbeitersekretariat und in gewissem Sinne auch die Debatten über die Agitation, über Grenzstreitigkeiten und über den Punkt Gewerkschaften und Genossenschaften recht viel Freude. Ich werde demnächst noch Gelegenheit nehmen, gerade diesen Teil der Kongress-Verhandlungen des ausführlichen zu würdigen.

Alles in allem betrachtet, gewährten die Verhandlungen des Eölnner Gewerkschaftskongresses dem Gewerkschaftler ein erfreuliches Bild fleißiger Arbeit und regen Fortschritts. Und dieser Gesamteindruck kann nicht beeinträchtigt werden durch einige rednerische Mißverständnisse und Entgleisungen.

Der Kongress wurde am 22. Mai, morgens 9 Uhr, von Carl Legien eröffnet. Anwesend sind 213 Delegierte und eine große Zahl von Gästen aus der Schweiz, aus Österreich, Dänemark, Holland und Belgien; außerdem Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

C. Legien erinnert in seiner Eröffnungsansprache an die Gewerkschaftsdebatte auf dem Eölnner Parteitag. Ganz anders haben sich die Organisationen entwickelt, als die Kleingläubigen damals annahmen, die an der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung verzweifeln. Mehr denn 1 1/2 Millionen gewerkschaftliche Streiter stehen jetzt in unseren Reihen, wo es damals deren kaum 1/4 Million waren. Viele Genossen sind hier, die an den damaligen Verhandlungen teilgenommen haben, sie werden damals dieselbe Empfindung gehabt haben wie ich. Es schien, als ob wenig Sympathie für die Gewerkschaften vorhanden ist. Bei objektiver Beurteilung der damaligen Vorgänge kommt man aber doch zu dem Resultat, daß zwar nach außen die Verhandlungen des Eölnner Parteitags über die Gewerkschaftsfrage keinen sehr günstigen Eindruck gemacht haben, daß sie aber nach innen reinigend auf die Gewerkschaftsbewegung gewirkt haben. Deshalb blicke ich nicht ungünstig auf sie zurück, beginnt doch der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung mit dem Jahre 1893, hatten doch gerade diese Verhandlungen der Überzeugung in den Kreisen der Genossen Bahn gebrochen, daß die Gewerkschaftsbewegung gefördert werden müsse. Nachdem Legien ein Bild von der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den letzten 15 Jahren gegeben hatte, hob er mit Recht hervor, daß jene nicht Recht behalten dürften, welche erwarteten oder befürchteten, daß es auf diesem Kongresse zu Reibungen zwischen Gewerkschaften und Partei kommen werde. Wenn auch einige Punkte der Tagesordnung den Anschein erwecken könnten, als ob es zu solchen Auseinandersetzungen kommen könnte. Er glaube doch nicht, daß es der Fall sein werde. Bei dem innigen Zusammenhang, der zwischen den beiden Richtungen der Arbeiterbewegung besteht, und angesichts der Tatsache, daß die Personen ja vielfach dieselben sind, die in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung arbeiten, werden sich diejenigen täuschen,

die da hoffen oder fürchteten, daß sich Gegensätze zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ergeben werden.

Von einer Einladung Graf Rosadowstys ist diesmal Abstand genommen worden. (Lebhafte Zustimmung.) Graf Rosadowstys hat im vorigen Jahre unsere Einladung zum Heimarbeiterskongress wegen „Zeitmangel“ abgelehnt, dagegen ist er im April 1905 persönlich auf der Generalversammlung der christlichen Heimarbeiterinnen erschienen, der 8100 Mitglieder zählt. Angesichts dieser Tatsache sind wir der Überzeugung geworden, es widerspricht der Ehre der deutschen Gewerkschaften, an diese Stelle noch einmal eine Einladung zu schicken. (Lebhafte Zustimmung.) Das Fehlen eines Vertreters der Regierung wird unseren Verhandlungen keinen Abbruch tun. Ich denke, daß sie uns ein gutes Stück weiter bringen werden. (Bravo.)

Dagegen ist der Oberbürgermeister von Eöln als Vertreter der Stadtverwaltung eingeladen worden — er hat dieser Einladung übrigens keine Folge geleistet. Ferner sind eingeladen worden die Gewerbeaufsichtsbeamten des Eölnner Bezirkes, von denen zwei Beamte erschienen sind.

Nach einer Begrüßungsansprache durch den Vertreter der Eölnner Gewerkschaften, Partels-Eöln, nahm der Kongress seine Konstituierung vor. Es wurden Legien und Bömelburg zu Vorsitzenden; Cohen-Berlin (Metallarbeiter), Deinhardt-Stuttgart (Holzarbeiter), Winkelmann-Bremen, Bauer-Berlin (Bureauangestellte), Reichel (Textilarbeiter) und Dreher-Berlin (Transportarbeiter) zu Schriftführern gewählt.

Bömelburg begrüßte die ausländischen Gäste. Diese sehen mit Rücksicht auf das umfangreiche Arbeitspensum des Kongresses davon ab, Begrüßungsansprachen zu halten. Es wird eine Redaktionskommission, bestehend aus den Genossen Knoll, Sabbath, Umbreit-Berlin, Páplow und Brinkmann-Hamburg gebildet.

Die provisorische Tagesordnung wird dahin ergänzt, daß als weiterer Punkt „Stellungnahme zum Übertritt aus einer Gewerkschaft in die andere infolge Berufswechsels“ eingefügt wird, so daß die Tagesordnung definitiv lautet:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.). 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: C. Legien-Berlin. Beratung der Anträge betreffend: a) Allgemeine Agitation; b) Agitation unter den Arbeiterinnen; c) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern; d) Streikunterstützung und Streikstatistik; e) Heimarbeit; f) Beseitigung des Kost- und Logiswanges beim Arbeitgeber; g) „Correspondenzblatt“. 3. Bericht über das Zentralarbeitersekretariat. Berichterstatter: H. Schmidt-Berlin. Beratung der darauf bezüglichen Anträge. 4. Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik. Referent: Th. Bömelburg-Hamburg. 5. Die Gewerkschaften und die Maifeier. Referent: Robert Schmidt-Berlin. 6. Gewerkschaften und Genossenschaften. Referent: A. v. Olm-Hamburg. 7. Die Aufgaben der Gewerkschaftsartelle in der Gewerkschaftsorganisation. Referent: G. Link-Berlin. 8. Die gesetzliche Vertretung der Arbeiterkraft in Arbeitskammern oder Arbeiterkammern. Referenten: P. Umbreit-Berlin und D. Gus-Essen. 9. Stellungnahme zum Übertritt aus einer Gewerkschaft in die andere infolge Berufswechsels. 10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Der von Legien erstattete Rechenschaftsbericht ist von uns im Auszug bereits wiedergegeben worden. In Ergänzung des schriftlichen Berichtes verweist Redner insbesondere auf die vergeblichen Bemühungen der Generalkommission auf Schaffung von Unterrichtskursen, auf die Mitarbeit der Gewerkschaften an den reichsstatistischen Erhebungen, die Frauenagitation und die Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern in Deutschland; ferner präzisiert er den Standpunkt der bisherigen Generalkommission, betreffend Unterstützung von Arbeitersekretariaten und Beschaffung von Lokalen in den zurückgebliebenen Gegenden. Legien schließt mit der Bitte um strenge Kritik, die stets gesund sei, und um Anregungen für die weitere Tätigkeit der Generalkommission im Dienste der Arbeiterbewegung (Beifall.)

In der allgemeinen Diskussion bezweifelt Graeber-Brücker-Berlin, daß die Generalkommission mit den ihr bisher zur Verfügung gestellten Mitteln ihre täglich wachsenden Aufgaben werde erfüllen können. Redner wünscht, daß die Generalkommission in den Zentralvorstandskonferenzen der Lokalfrage und den zurückgebliebenen Gegenden größere Aufmerksamkeit schenke.

Bäcker-Geschold-Berlin wendet sich gegen die von der rheinisch-westfälischen Gau- und Agitationsleitung beantragte Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs für das rheinisch-westfälische Gebiet durch die Generalkommission und ebenso gegen die Anstellung eines Gewerkschaftsbeamten für München-Gladbach. Dafür sollte der Textilarbeiterverband sorgen, der in München-Gladbach mit seinen 40000 Textilarbeitern nicht einmal einen Gauleiter angestellt habe. Redner wünscht, daß bei der geplanten Vermehrung der Generalkommission die kleineren Gewerkschaften besser berücksichtigt werden.

Vom Verband der Schneider ist ein Protest gegen die Anerkennung des Vereins der Wäsche- und Krautwallerarbeiter als selbständige Organisation eingelaufen. Es wird in dem Schreiben angeregt, Verhandlungen auf Vereinigung einzuleiten.

Einstimmig und debattelos wird eine Resolution zugunsten des rheinisch-westfälischen Bierboikotts angenommen.

Sabath-Berlin begründet den Antrag des Schneiderverbandes. Sein Verband habe schon von jeher alle in der Konfektion tätigen Personen organisiert, auch die Wäscherinnen. Gines Tages sei dem rein lokalen Verband der Berliner Wäsche Schneider eingefallen, sich als Zentralverband zu konstituieren. Offenlich werde der Gewerkschaftskongress den Fehler des Berliner Gewerkschaftsausschusses, der diesen „Zentralverband“ anerkennt, wieder gutmachen.

Odenthal-Hamburg (Stoffhändler) glaubt, daß der für Rheinland geforderte Gauleiter seinen Sitz in Berlin haben sollte, und von dort aus durch Druckchriften, vielleicht Beilagen zu den Parteizeitungen, im Rheinland über die mit den schmutzigsten Mitteln arbeitende Jesuitenschule in München-Gladbach Aufklärung zu verbreiten.

Schwarz-Danzig (Maurer): Wenn schon das Geld für einen Obergauleiter ausgegeben wird, so soll er sich auch an Ort und Stelle im Rheinland informieren. Im rückständigen Osten ist die Lokalfrage nur mit dem Gelde der Generalkommission zu lösen, alle anderen Mittel haben versagt. Legten meinte, wir sollten die Statistiken der Regierung unterstützen, um uns den Weg zur Anerkennung durch sie offen zu lassen. Wäre das wirklich der Grund, so könnten wir uns besser unsere Groschen sparen und unser Geld fruchtbarer für die Agitation verwenden. Denn da alle leitenden Personen aus der Klasse der Wenigen genommen werden, die die Masse des Volkes ausbeuten, so werden sie nicht so leicht die Gewerkschaften anerkennen. Aber gleichviel, jedenfalls wollen wir der Regierung zeigen, daß wir ihr behilflich sind, auch wenn sie uns allüberall Steine in den Weg legt. (Sehr gut!)

Roth-Berlin (Buchbinder) tritt für die Anstellung des Generalgauleiters für das Rheinland ein. Zwar solle er keine Christenverfolgung treiben und nicht bloß auf das Zentrum schimpfen, aber er hat journalistisch jedenfalls eine der schwersten und wichtigsten Aufgaben.

Leutel-Berlin (Glaserarbeiter) protestiert gegen das Benehmen Umbrechts, des Vertreters der Generalkommission auf dem Verbandstage der Glaser. Der habe zur Anstellung von Gauleitern gedrängt und da er die Autorität der höchsten Stelle für sich hatte, wurde der Antrag angenommen. (Große Heiterkeit und Sehr gut! Sehr richtig!)

Legien weist diesen Angriff gegen Umbrecht als unberechtigt zurück. Weiter geht er auf die Forderungen auf Anstellung von Generalgauleitern, auf die Streikstatistik und auf den Streik der Wäschearbeiter kontra Schneider ein, dessen Erledigung durch den Gewerkschaftskongress er nicht für angebracht hält.

Lange-Berlin (Lithograph) dringt auf Grund von eigenen Erfahrungen in Oberschlesien darauf, daß die Gewerkschaften den Saalbau in Oberschlesien fördern. Zur Resolution der Schneider erklärt der Redner: Ich verstehe zwar nicht viel von Schneiderei und Wäschearbeit habe ich noch nie gemacht, aber als Demokrat werde ich keiner Organisation die Freiheit beschränken. (Heiterkeit.)

Fräulein Grünberg-Berlin (Schneiderin) schildert die Schädigung der Arbeiterbewegung durch die Hebe zwischen den Schneidern und den Wäschearbeitern, die in den Schneiderverband gehörten.

Frau Tisch-Berlin (als Gast) macht dem Metallarbeiterverband Vorwürfe, daß er trotz der stark gestiegenen Zahl der weiblichen Mitglieder keine weiblichen Beamten angestellt habe. Rednerin bestrittwortet ihre Resolution.

Cohen-Berlin (Metallarbeiter): Parteigenossen! Pardon, Genossen! (Heiterkeit.) Ich muß die Resolution bekämpfen, die hier seitens des gewerkschaftlichen Frauenkomitees eingebracht worden ist, nachdem der Stuttgarter Kongress ihm dieses Recht ausdrücklich abgesprochen hat. Die Resolution beschäftigt sich mit Dingen, die den Kongress gar nichts angehen, weil jeder Verus die Agitation auf seine Art treiben muß. Unter dem eisernen Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse ist seit Stuttgart in unserer Berliner Filiale die Zahl der weiblichen Mitglieder von 700 auf 850 gestiegen. Aber die Zeit ist bei mir vorüber, wo ich die Frauen für die besten Agitatoren hielt. (Hört, hört!) Die Hauptsache ist, daß der Agitator etwas vom Beruf versteht. Im übrigen polemisiert Redner gegen die Forderungen des Frauenagitationskomitees.

Frl. Bader (als Gast) polemisiert gegen Cohen, stimmt ihm aber auch teilweise zu. Die politisch tätigen Frauen führten alle Arbeiterinnen, die sie erreichen können, der gewerkschaftlichen Organisation zu, mühten umgekehrt auch die Gewerkschaftler sich der politischen Agitation annehmen. Keller-Berlin (Wäschearbeiter) polemisiert, von den Schneidern häufig und heftig unterbrochen, gegen Sabath.

Deinhardt-Stuttgart (Holzarbeiter): Ich bin im allgemeinen sehr erfreut und befriedigt über die Tätigkeit der Generalkommission; nur würde ich wünschen, daß sie, jezt verstärkt, auch diesmal die Tätigkeit der verschiedenen Kommissionen (für Frauenagitation, für Beseitigung des Koss- und Logiswesens) auf sich übernimmt. Durch die Einführung von Provinzial-General-Arbeitersekretariaten (Große Heiterkeit) wird die Gewerkschaftsorganisation zu kompliziert. Ich muß den Antrag auf Herausgabe von Materialsammlungen gegen die Strich-Dunderschen und Christlichen entschieden bekämpfen. Durch eine solche Zitatenammlung wird die prinzipielle Agitation gegen die gegnerischen Verbände nur verflacht. Wir sollten uns ernsthaft bemühen, den Gegnern gerecht zu werden und ihnen auch Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wir brauchen nicht, gleich unseren Gegnern, mit einem einzigen, oft aus dem Zusammenhang gerissenen Worte jahrelang haufieren zu gehen. Lassen wir uns nicht auf das Niveau unserer Gegner herabdrücken.

Simon-Nürnberg (Schuhmacher) verteidigt den Antrag auf Herausgabe dieser Broschüren. Die Agitatoren hätten oft nicht einmal Zeit, ihre Parteizeitung zu lesen. Sollten sie sich da noch genügend Material über die Gegner verschaffen können? Ein Schlußantrag findet Annahme.

Legien warnt in seinem Schlußwort namentlich davor, der christlichen Bewegung zu viel Bedeutung beizulegen. Wir sind überzeugt, schließt Legien, von dem, was wir wollen, und haben uns noch nie gescheut. Aber die christlichen Organisationen rennen uns sicher nicht über den Haufen. Sie werden neben uns stets Nebenache sein. (Lebhafte Beifall.)

In der Abstimmung werden die Anträge auf den Bau von Gewerkschaftsbüchern der Generalkommission überwiesen; die Anträge auf Anstellung von Arbeitersekretären der nächsten Zusammenkunft der Gewerkschaftsvorstände; die Anträge auf bessere Agitation (im sächsischen Erzgebirge) werden für erledigt erklärt durch die statutarische Tätigkeit der Generalkommission.

Der Antrag auf Herausgabe von Materialsammlungen gegen die Christlichen ufm. wird glatt mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso die Resolution Schneider, nachdem der Antrag auf namentliche Abstimmung 29 statt der erforderlichen 30 Stimmen Unterstützung gefunden hat. (Große Heiterkeit.) Aus der Frauenresolution werden mit großer Mehrheit die Klauseln über den „gleichen Beitrag“ und die „öffentlichen Agitationsversammlungen“ gestrichen; im übrigen wird die Resolution wie der Antrag der Tabakarbeiter über die Organisation der Frauen durch ihre Männer und Väter angenommen.

Hierauf wird in die Beratung des Punktes „Streikunterstützung und Streikstatistik“ eingetreten.

Von unseren Kollegen Leipart ist hierzu mit Unterstützung der Delegierten des Holzarbeiterverbandes folgende Resolution eingebracht worden:

Der Kongress beschließt:

In Bezug auf die Streikunterstützung ist mit ganzer Entschiedenheit an dem Grundsatz festzuhalten, daß wie die Führung der Streiks, so auch die Beschaffung der Mittel zu ihrer Unterstützung Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft selbst ist, und daß die allein richtige Form der Beschaffung der Mittel die Erhebung ausreichend hoher Mitgliederbeiträge ist.

Der Kongress macht es deshalb allen Gewerkschaften zur Pflicht, diesem Grundsatz entsprechend einerseits, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre regelmäßigen Beiträge so festzusetzen, daß sie ihnen auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbstständigkeit sichern, andererseits aber auch bei der Beschlußfassung über Arbeitseinstellungen sich immer im Rahmen der eigenen Leistungsfähigkeit zu halten. Die Aufbringung von Mitteln zur Streikunterstützung durch allgemeine Sammlungen ist zu verwerfen, wenn jedoch bei unerwartet großen Streiks oder Ausperrungen ausnahmsweise die finanzielle Hilfe der gesamten organisierten Arbeiter zur erfolgreichen Durchführung solcher außerordentlichen Kämpfe im allgemeinen Interesse notwendig wird, soll die Generalkommission ermächtigt sein, auf Antrag der betreffenden Gewerkschaft unter Zustimmung der übrigen Zentralvorstände die Beschaffung genügender finanzieller Mittel eventuell durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zu veranlassen.

Die Gewährung jeder derartigen Unterstützung hat zur Voraussetzung, daß der Generalkommission von der betreffenden Gewerkschaft über die Leitung des Kampfes und alle taktischen Maßnahmen bis zu seiner Beendigung das Beschlußrecht eingeräumt wird, wie auch über die zweckmäßige Verteilung der gesammelten Gelder nur die Generalkommission zu entscheiden hat.

Außerdem liegen Anträge des Kollegen D. Gerltzke und der Genossen vom Metallarbeiterverband vor, die sich mit der gleichen Materie befassen; diese und die von uns bereits besprochenen Anträge über Regelung der Streikunterstützung stehen mit zur Debatte.

In der Diskussion erklärt

Dronsel-Berlin (Töpfer): 1900 kam unser Verband durch die großen Streiks zu Belten und Dresden an den Rand des Verderbens. Er ging aus dem Streik mit Bergen Schulden, der Beherverband aus dem seinen mit Bergen Goldes. Das jetzige System ist längst unhaltbar.

Hüblich-Berlin (Textilarbeiter): Wir haben bei dem jetzigen Sammelstufensystem unseren Vorteil gefunden, aber verwerfen es doch. Wir haben uns nach dem Grimmitzshauer Streik redliche Mühe gegeben, das Geld, das überblieb, anderen Streikenden zugute kommen zu lassen. Die Textilarbeiter sind ja arm und können nicht viel für andere sammeln; aber wenn der Kongress erklärt, daß es nicht so weiter gehen wie bisher, so haben wir einen günstigen Standpunkt gegenüber unseren Mitgliedern in der Frage der Beitragserhöhung.

Sachs-Buchum (Bergarbeiter): Die jetzigen Zustände haben zu einer Katastrophe geführt, die nicht noch drei Jahre länger dauern darf. Deshalb muß schon dieser Kongress die Entscheidung treffen. — Wenn den Textilarbeitern ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie beim Grimmitzshauer Streik den Überschuss für sich behalten haben, so trifft beim Bergarbeiterstreik die Gewerkschaftskarte die gleiche Vorwurf. Noch jetzt haben sie den Überschuss der Sammlungen nicht an uns abgeliefert. Einzelne haben sogar noch direkt Unterstützungen an die Ausgesperrten gezahlt, so daß einer 82 Mk. Unterstützung bekam. Wir wollen keinen Überschuss machen; was wir übrig behalten, liefern wir an die Generalkommission zurück. (Bravo!)

Schwarz-Danzig (Maurer) führt aus, daß man schon Anfang der 90er Jahre alle Streikunterstützungen in einen großen Herdenschmelz habe zusammenbrauen wollen. Aber jeder Reservefonds werde nur für die kleineren Gewerkschaften ausreichen. Bei den wirklich großen Kämpfen werde es sich nicht vermeiden lassen, die Hilfe der Allgemeinheit in Anspruch zu nehmen.

Heisjorn-Karlsruhe (Glaser) hält für das richtigste die Erziehung der Mitglieder jedes Berufes zur Opferwilligkeit. Zur Reform der festgestellten Uebelstände scheine ihm die Bestimmung zu genügen, daß nur die Generalkommission, nicht die einzelnen Gewerkschaftskarte oder Verbände sammeln dürfen.

Hüttmann-Frankfurt a. M. (Maurer) fürchtet, daß die Möglichkeit, Kämpfe auf Kosten der Allgemeinheit zu führen, die Gewerkschaften verführen werde, von eigenen Opfern abzusehen. Kämpfe wie der Grimmitzshauer und der Bergarbeiterstreik müßten für die Zukunft unmöglich gemacht werden. Wer einen Kampf führen wolle, der solle auch die Opfer dafür auf die eigenen Schultern nehmen. (Zustimmung.)

Behrendt-Hamburg (Bauarbeiter) zeigt an den Zahlen seines Verbandes, wie trotz ehrlicher Bemühungen es einer Organisation unmöglich werden kann, die wirtschaftlich notwendigen Kämpfe stets aus eigenen Mitteln zu führen. Die Gewerkschaftskommission habe ihnen auf ihre Bitten 10 000 Mk. statt 20 000 Mk. und ein andermal 5000 statt 10 000 Mk. geliehen, das drittemal aber wegen Geldmangel abgelehnt. Dieser Zustand des Geldmangels kommt daher,

daß 84 000 Mk. ausgeliehener Gelder noch nicht zurückgezahlt seien.

Borhölzer-Stuttgart (Metallarbeiter): Alle eingebrachten Anträge sind für uns unannehmbar. Wir können uns nicht festlegen auf die Sanktionierung der Gleichgültigkeit gegenüber der Schwäche des eigenen Verbandes. Immerhin können überraschende Kämpfe Unterstützungen notwendig machen. Da ist zum Beispiel beim Bergarbeiterstreik die hierfür zuständige Generalkommission viel zu spät gekommen. In 20 Jahren wird man nicht gut machen können, was in den sechs Wochen des Bergarbeiterstreiks durch Neutralitätsbusel gerade an dieser schwarzen Ecke gesündigt worden ist. (Unruhe.) Sie haben sechs Wochen den Schwarzen den Rücken gesteuert. Aber wir müssen innerhalb der Organisation die Macht der Generalkommission nicht allzu groß werden lassen. Die Überschüsse sollen an die Generalkommission zurückverwiesen werden und die Vorstände sollten ein Aufsichtsrecht über die Verwendung der gesammelten Summen bekommen, damit nicht durch die Mittel der Allgemeinheit den einzelnen Gewerkschaften die Kasse gefüllt werde. (Beifall.)

Gerltzke-Dresden (Holzarbeiter) macht auf den Gesichtspunkt aufmerksam, daß die öffentlichen Sammlungen die Ausschüßten bei Gewerkschaftskämpfen vermindern. Denn mit dem Herausgehen an die Öffentlichkeit werde ein solcher Kampf zur Machtfrage gestempelt und den Unternehmern der Mut gestärkt, weil die öffentliche Sammlung ihnen zeige, daß die Organisation nicht mehr genügende Mittel hat.

Kirschner-Berlin (Maschinist) hält gegenüber dem zentralorganisierten Unternehmertum denn doch größere Widerstandsfonds für nötig, als die einzelnen Gewerkschaften aufbringen könnten. Schließlich sei der Betfelsack doch nicht das ideale Abzeichen eines Gewerkschaftsführers. Über die Verwendung der Fonds entscheide am Ende die Generalkommission nicht allein, sondern der Gewerkschaftsausschuß.

Reichelt-Stuttgart (Metallarbeiter): Alle Anträge auf einen Generalkontofonds würden nur das Vorwärtstreben der einzelnen Organisationen hindern. Sein Verband lehne derartige Anträge durchgängig ab. (Bravo!) Die Ausperrungen seien doch nur indirekte Anerkennung der Macht der Gewerkschaften, ein trauriges Produkt der Hilflosigkeit und Verlegenheit.

Schumann-Berlin (Transportarbeiter): Nach Reichelts Auffassung ist wohl auch der Streik nur ein Verlegenheitsprodukt (Widerpruch und Lachen bei den Metallarbeitern.) Die Ausperrung ist ein wertvolles Kampfmittel des Unternehmertums, das uns noch viel Mühe machen wird und gegen das wir beizetten Mittel bereit stellen sollten. Freilich, gleichmäßige Beiträge für alle Gewerkschaften sind bei der Verschiedenheit, die in den verschiedenen Gewerkschaften in den Anforderungen für Streiks besteht, unmöglich.

Brückner-Berlin (Graveur): Auch wenn wir die Gewerkschaftsgelder an die Generalkommission zahlen, wird der große Gewerkschaftsreiz doch nicht entstehen; auch wenn die hier vertretenen 63 Zentralorganisationen sich zu 17 großen Industrieverbänden zusammenschließen würden, würden sie auf die Hilfe der Allgemeinheit noch Anspruch machen müssen, und auch wenn die Idee des Generalkontofonds prinzipiell nicht wichtig ist, so werden die Ausperrungen der Unternehmern den Gewerkschaften doch gewaltig an den Beuteln gehen, und es gilt beizetten vorzubeugen.

Hollmann-Charlottenburg (Porzellanarbeiter) wünscht bei der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln eine Bevorzugung der kleineren Gewerkschaften, die um das Koalitionsrecht kämpfen.

Brückner-Berlin (Buchbinder): Wenn die Generalkommission die gemeinsame Sparbüchse hat, wird ständiger Streit um die Verwendung der Gelder sein.

Fritz-Berlin (Kupferhämmer) beschäftigt sich mit der Frage der Verwendung der Überschüsse aus öffentlichen Sammlungen. Er tritt für die Überweisung an die Generalkommission ein.

Steinbrink-Ebersfeld (Textilarbeiter): Zum erstenmal habe ich heute den Vorwurf gehört, daß wir die Heldenkämpfer von Grimmitzshau zu hoch unterstützt hätten, bisher sagte man immer das Gegenteil. Wir sind auch der Meinung, daß die Überschüsse der Sammlungen der Allgemeinheit zugute kommen sollen, deshalb stimmen wir den vorliegenden Anträgen zu.

Leipart-Stuttgart (Holzarbeiter): Ich halte es doch für notwendig, noch einmal zu konstatieren, daß die Verwendung der übrig gebliebenen Sammelgelder durch den Textilarbeiterverband zu seinen Gunsten einen recht peinlichen Eindruck in der Gewerkschaftsbewegung gemacht hat. Die deutschen Gewerkschaften hätten sich innerlich nicht so ausgebaut, wenn nicht der Berliner Kongress mit aller Entschiedenheit den Standpunkt vertreten hätte, daß jede Gewerkschaft ihren Streik selbst bezahlen könnte. Deshalb werden wir auch nicht zustimmen, daß auf einem Umwege ein Generalkontofonds geschaffen wird. Bei der Aufnahme, die der Gedanke hier gefunden, wollen wir ihm jedoch einen möglichst kleinen Schritt entgegenkommen; wie weit das geschehen darf, muß im Einzelfall die Generalkommission entscheiden.

Schles-Hamburg (Fasenanarbeiter): Weder Grimmitzshau noch der Bergarbeiterstreik waren leichtfertig. Beide Gewerkschaften sträubten sich auch nicht gegen Opfer, nur drückt sie die Masse der Unorganisierten. Die Arbeitersolidarität muß sich betätigen, solange die koalitierten Unternehmer noch dazu in Wunde mit den Behörden uns alle bedrohen.

Böller-Frankfurt a. M. (Schuhmacher) wendet sich gleichfalls gegen die Ansammlung eines Kampffonds durch die Generalkommission, etwas Unglücklicheres könnte ihr gar nicht passieren, als sich damit abgeben zu müssen. (Zustimmung.) Den Textilarbeitern hätte das Tatgefühl sagen müssen, daß sie den Überschuss an die Generalkommission abzuliefern hätten. Die Bergarbeiter haben es ja gestern versprochen, und wenn das in solchen Fällen allgemein üblich würde, wäre es die beste Lösung der Schwierigkeiten.

KnoII-Berlin (Steinseher) hebt die Leistungsfähigkeit einer Reihe kleinerer Organisationen hervor und schließt sich im übrigen dem Standpunkte Leiparts an.

v. Elm-Hamburg tritt sehr entschieden für Schaffung eines Streikfonds ein, wie er ihn schon vor zehn Jahren gefordert hat. Die heutige Situation, in der sich die Gewerkschaften gegenüber dem Unternehmertum befinden, mache die Schaffung eines solchen Fonds doppelt notwendig.

Pokorny-Zwickau (Bergarbeiter): Es ist sehr wohlthuend, mit entgegengesetzten Vorwürfen bedacht zu werden, wie es

uns Bergarbeitern von Dormund aus geschehen ist. Wenn der stolze Metallarbeiterverband aus den Industriezentren hinaus in die westlichen Bezirke gehen wird, kann es ihm auch passieren, daß er an die Allgemeinheit appellieren muß. (Sehr richtig!) Uns Bergarbeitern hat der Streik genützt. Unsere nächste Generalversammlung wird die Beiträge um hundert Prozent erhöhen (Bravo!) und 60 bis 70.000 Bergarbeiter sind mehr organisiert. Wir sind also nicht undankbar für die allgemeine Unterstützung.

Sachse-Buchum verteidigt die Haltung des Bergarbeiterverbandes im großen Ruhrbergarbeiterstreik. Er schließt mit den Worten, die sich gegen die unberechtigten Kritiker des Bergarbeiterverbandes richten: Wir glauben eben, da wir mitten in der Bewegung standen, die Verhältnisse besser zu kennen, als die Stuttgarter und Breslauer. Und wer jetzt den Ausgang sieht und die Situation des christlichen Gewerkschaftsvereins und der Zentrumspartei, der wird wohl anders urteilen als Borchgylke und Schlegel. Warten wir ab, wie es auslaufen wird. Wir haben dem christlichen Gewerkschaftsverein gesagt: „Ihr werdet von der Regierung gehäffelt. Jetzt, was ihr könnt, wenn ihr an der Spitze steht.“ Die Christlichen haben auch gar nichts erreicht. Aber die Mitglieder haben eingesehen, daß mit der Leisetreterei nichts zu erreichen ist. Deshalb sind die Christlichen weitergegangen und haben mit uns den allgemeinen Arbeiterkampf aufgenommen. Ich gehe aus ganz bestimmten Gründen nicht weiter auf diese Fragen ein. Aber selbst die Kritiker, die heute noch vorhanden sind, werden am Schlusse uns recht geben. (Bravo!)

Schrader-Hannover (Textilarbeiter) verteidigt den Grimmitzhauer wie den Bergarbeiterstreik gegen die ungerechten Angriffe. Auch die Textilarbeiter hätten das Einhalten des Überschusses nicht alle gebilligt, aber auch das Gewerkschaftskartell Leipzig soll ja Streitzugelder für den Bau seines Gewerkschaftshauses behalten haben. Gerade darum ist eine Regelung so notwendig.

Cohen-Berlin (Metallarbeiter): Ich würde es mir nicht gefallen lassen, daß man hinterher weise Leichenreden zu den Streiks hält. Hinterher kann es jeder wissen. Wer sechs Dreier zugegeben hat, will mitreden, auch wenn er gar nichts versteht. Redner tritt dann im wesentlichen Leipart bei. Nach Grimmitzhau habe man sich am Böhmerverband schwer veründigt. Jetzt sollte man schon mit Rücksicht auf die WBC-Ausföhrung die Unterstützungsfrage genau regeln.

Döblin-Berlin (Buchdrucker): Wenn wir die Ursache der Anträge in Betracht ziehen, so finden wir, daß nicht der Mangel an Mitteln bei Streiks sie veranlaßt hat, sondern die Tatsache, daß zuviel Geld eingekommen ist. (Heiterkeit.) Es handelt sich lediglich darum, diesen Mißstand zu beseitigen. Daß ein Mangel an Solidarität nicht besteht, hat der Grimmitzhauer Streik bewiesen. Was den Bergarbeiterstreik betrifft, so können solche Streiks, wo Hunderttausende in Frage kommen, mit Geld überhaupt nicht aufrecht erhalten werden. (Sehr richtig!) Ganz verkehrt wäre die Schaffung eines allgemeinen Streifonds. Die Selbständigkeit der Organisationen muß gewahrt werden. Güten wir uns auch vor Schlagworten. So meinte ein Redner, die Unternehmer gingen darauf aus, uns das Koalitionsrecht zu nehmen, und wies auf die Ausföhrungen hin. Wenn wir aber den Klassenkampf anerkennen, dann können wir uns doch nicht wundern, wenn die Unternehmer sich wehren. Das ist doch kein Raub des Koalitionsrechtes. Der Redner schließt sich dem Standpunkt Leiparts an. Als Depot für überflüssige Gelder müßte die Generalkommission dienen, die Verwendung der Gelder dürfte nur im Einverständnis mit den Zentralverbänden erfolgen.

Zu diesem Punkte der Tagesordnung wird schließlich gegen 16 Stimmen eine Resolution angenommen, welche von der zur Ausarbeitung derselben eingesetzten Fünfköhrnerkommission vorgelegt wurde und wie folgt lautet: Der Kongress erklärt:

1. In bezug auf die Streikunterstützung ist mit ganzer Entschiedenheit an dem Grundsatz festzuhalten, daß wie die Föhrung der Streiks, so auch die Beschaffung der Mittel zur ihrer Unterstützung Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft selbst und die allein richtige Beschaffung der Mittel die Erhebung ausreichender hoher Mitgliederbeiträge ist.

2. Der Kongress macht es deshalb allen Gewerkschaften zur Pflicht, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre regelmäßigen Beiträge so festzusetzen, daß sie ihnen auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbständigkeit sichern, wie auch bei der Beschlußfassung über Arbeitseinstellungen sich immer im Rahmen der eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit zu halten.

3. Ist somit die Aufbringung von Mitteln zur Streikunterstützung durch allgemeine Sammlungen in gewöhnlichen Fällen zu verwerfen, so kann trotzdem auch in Zukunft bei unerwartet großen Streiks oder Ausföhrungen ausnahmeweise die finanzielle Hilfe der gesamten organisierten Arbeiter zur erfolgreichen Durchführung solcher außerordentlichen Kämpfe im allgemeinen Interesse notwendig werden.

4. In solchen außerordentlichen Fällen soll deshalb die Generalkommission ermächtigt sein, auf Antrag der betreffenden Gewerkschaft unter Zustimmung der übrigen Zentralverbände die Beschaffung finanzieller Mittel eventuell durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zu veranlassen.

5. Die Gewährung jeder derartigen Unterstützung hat zur Voraussetzung, daß der Generalkommission von der betreffenden Gewerkschaft über die Leitung des Kampfes und alle taktischen Maßnahmen bis zu seiner Beendigung das Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Über die zweckmäßige Verteilung der gesammelten Gelder hat die Generalkommission zu entscheiden. Alle solchen Gelder sind aus diesem Grunde an die Generalkommission abzuführen.

6. Die Gewerkschaftskartelle sind nicht berechtigt, selbständig solche Sammlungen vorzunehmen, sondern erst dann, wenn durch die Generalkommission ein diesbezüglicher Aufruf erfolgt ist. Besondere Beiträge für die angeschlossenen Gewerkschaften zu diesem Zwecke zu beschließen, ist den Kartellen gleichfalls nicht gestattet.

7. Die Kontrolle der Generalkommission über die richtige Verwendung der Erträge und etwaiger Überschüsse einer Sammlung steht der Konferenz der Zentralverbände zu.

(Schluß des Berichtes in nächster Nummer.)

Die Situation in Leipzig.

Eine tiefe Erregung hat sich der hiesigen Bau- und Möbelfachler und Maschinenarbeiter bemächtigt. Nicht nur

die Umgehung des Vertrags vom 28. August 1904 durch den Vorsitzenden des Arbeiterschutzesverbandes, sondern auch das Verhalten der gesamten im vorgenannten Verband organisierten Unternehmer sind die Ursache. Eine Versammlung unserer Kollegen am 19. Mai hatte Erklärungen in dieser Angelegenheit gefordert; die jetzt eingegangene Antwort können wir unseren deutschen Kollegen nicht vorenthalten. Die Unternehmer beschloffen am 24. Mai, unsere Resolution wie folgt zu beantworten: 1. Was gedenkt der Arbeiterschutzesverband bei denjenigen seiner Mitglieder zu tun, die infolge ihrer Betriebsart unter dem Vertragsverhältnis stehend, trotzdem den Vertrag durchbrechen, um dem Vertrag in allen Teilen wieder Geltung zu verschaffen? — Antwort: In diesen Fällen ist gemäß § 6 letzter Absatz der Geschäftsordnung für die Schlichtungskommission letztere einzuberufen. Fügt sich das Mitglied dem Schiedsspruch nicht, so erfolgt Ausschließung desselben aus dem Verband. — 2. Welche Maßnahmen sollen getroffen werden, um eine Zuweisung von Arbeitskräften an vertragsbrüchige Unternehmer durch den Arbeitsnachweis des Arbeiterschutzesverbandes zu verhindern? — Antwort: Feststellung des Sachverhaltes durch die Schlichtungskommission; während der Dauer dieser Verhandlungen Fortsetzung der Arbeit, Zuweisung neuer Arbeitskräfte unterbleibt. — 3. Ist der Arbeiterschutzesverband gewillt, den wegen Aufrechterhaltung des Vertrages in den Ausstand getretenen Arbeitern des Herrn Dr. Stoll bei der Arbeitsvermittlung nicht hinderlich zu sein? — Antwort: die Unterbringung der Ausständigen wird nicht mehr behindert werden, sobald die Sperre über den Betrieb des Herrn Dr. Stoll aufgehoben worden ist. — Die Versammlung erklärte schließlich einstimmig, daß ein Vertragsbruch des Herrn Dr. Stoll nicht vorliege.

Zur Charakterisierung dieser sonderbaren Antwort mag folgendes dienen: Als im Februar die Arbeiter der Firma Dr. A. Stoll die Schlichtungskommission anriefen, verhinderten die Unternehmer deren Zutritt, weil ein Vertragsbruch nicht vorliege, trotzdem von unserer Seite der Nachweis geführt werden konnte, daß an Stelle entlassener älterer Kollegen mit hohen Stundenlöhnen Arbeiter unter dem Minimallohn eingestellt worden waren. Am 16. Mai beriefen wir auf den 18. Mai eine weitere Sitzung der Schlichtungskommission ein, die aber, jedenfalls in Rücksicht auf unsere Versammlung, mit sehr zweifelhaften Gründen der Unternehmer, bis auf den 22. Mai verschoben wurde. In dieser Sitzung fehlte wieder ein Mitglied der Unternehmer, um so auf diese Weise einer Beschlußfassung aus dem Wege zu gehen. Wie wenig Wert aber noch auf diese Verschleppungskommission zu legen ist, zeigt folgendes: die zwei erschienenen Mitglieder der Unternehmerorganisation hatten ohne weiteres zugegeben, daß Vertragsbruch vorliege, sobald ein Arbeitgeber die Mindestlohngrenze nicht einhalte, und sie würden persönlich in ihrer nächsten Bezirksversammlung Herrn Dr. Stoll nahelegen, von seinem Posten als Vorsitzender zurückzutreten. Wie wenig auf solch gelegentliches Versprechen zu geben ist, zeigt die Antwort des Arbeiterschutzesverbandes. Dort ist von einem einstimmigen Beschluß die Rede und da man nicht gut annehmen kann, daß vorgenannte Herren in der Versammlung fehlten, so bleibt nur noch die Tatsache, daß sie gegen ihre eigene Bestimmung gestimmt haben. Auf die Antwort der Frage 2 können wir ebenfalls kein Gewicht legen, weil bei Stoll die Arbeitervertreter auf Grund der Geschäftsordnung die Weiterbeschäftigung der Entlassenen beziehungsweise Entschädigung derselben bis zum Entscheid der Schlichtungskommission forderten, damit aber entschieden abgewiesen wurden, so daß die Arbeitsniederlegung unvermeidlich war. Die Unternehmer brauchten aber vier Wochen Zeit bis zur Beantwortung einer diesbezüglichen Beschwerde. Die Beantwortung der Frage 3 ist eine reine Verhöhnung unserer Organisation. Bei Annahme dieses Angebotes würde allen Unternehmern ein Freibrief auf Vertragsbruch ausgestellt, denn Dr. A. Stoll hat ja unserem Vertreter des Hauptverbandes am 15. Mai ausdrücklich erklärt, „er habe nur die ihm günstig erscheinende Zeit abgewartet, um den Vertrag zu durchbrechen und sich damit außerhalb des Vertrags stellen zu können!“

Damit hat also der Vertragsbrüchige seine Tat selbst als das bezeichnet, was sie ist, aber die Unternehmer, die vor Abschluß des Vertrags an unserem guten Willen zweifelten, nehmen ihren wortbrüchigen Vorsitzenden in Schutz. Wenn man nun noch die Art und Weise, in welcher die Arbeitsvermittlung gehandhabt wird, in Betracht zieht, so kann man wohl die Empörung der gesamten Leipziger Holzarbeiter begreifen. Ansfälligen Kollegen wird wochenlang Arbeitsgelegenheit verweigert, „weil sie doch Arbeitslosenunterstützung bekommen“, und von auswärts zieht man Arbeitskräfte durch allerhand Versprechungen heran, um auf diese Art immer eine beliebige große Zahl von Arbeitslosen für Ausföhrung und dergleichen Beschäftigung zur Verfügung zu haben.

Für die strikte Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen scheint, nachdem die Schlichtungskommission zu einem Deforationsföhrlichen herabgedrückt wurde, nach Lage der Sache nur noch eine bessere Regelung der Arbeitsvermittlung geeignet. In dieser Erkenntnis hat am 26. Mai eine sehr stark besuchte Tischlerversammlung folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Der Beschluß des Arbeiterschutzesverbandes, die Maßnahmen des Herrn Dr. Stoll nicht als Vertragsbruch anzuerkennen, bedeutet unter Berücksichtigung der Ausföhrungen desselben am 15. Mai vor Vertretern unseres Hauptverbandes: „Er habe nur die ihm günstig erscheinende Zeit abgewartet, um den Vertrag durchbrechen und sich damit außerhalb des Vertrags stellen zu können,“ eine vöblige und absichtliche Verneinung des satfam bekannnten Tatbestandes und eine frivole Verhöhnung der Arbeiter und ihrer Organisation.“

In fernerer Erwägung, daß die Garantien für die Durchführung des Vertrags vom 28. August 1904 und für die ordnungsgemäße Handhabung des Arbeitsnachweises bei der Unwirksamkeit der Schlichtungskommission vöblig versagen, beauftragt die heute am 26. Mai 1905 im „Sausouci“ tagende Versammlung der Bau- und Möbelfachler und Maschinenarbeiter die Verwaltungen bei dem Arbeiterschutzesverband und der Tischlerzwangsinnung, die Einrichtung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises zu fordern und einer Holzarbeiterversammlung zur anderweitigen Beschlußfassung schleunigst zu unterbreiten.“

Weiter nahm die Versammlung noch folgenden Antrag einstimmig an:

„Die heute am 26. Mai tagende Versammlung der Bau- und Möbelfachler beschließt, den Arbeitsnachweis in der Bachhoffstraße vom Montag den 29. Mai ab zu sperren.“

Das entscheidende Wort in dem neu ausgebrochenen Konflikt ist noch nicht gesprochen; von der Haltung des Arbeiterschutzesverbandes wird es abhängen, ob der Konflikt zum offenen Kampfe wird.

Vorläufig ist aber der Zuzug von Tischlern und Maschinenarbeitern auf alle Fälle zu vermeiden. Die Verwaltungen der umliegenden Zahlstellen sind ersucht, in diesem Sinne besonders tätig zu sein. Alle Mitteilungen sind an unser Bureau „Coburger Hof“, Windmühlenstraße 9/11, zu richten.

Die Lage der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter in Dresden.

Die Arbeitsverhältnisse der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Maschinenarbeiter Dresdens einmal in das richtige Licht zu stellen, veranlaßte die Sektionsleitung, gleich anderen Zahlstellen, zum Beispiel Stuttgart, München, Leipzig usw., eine statistische Erhebung zu veranlassen. Wenn dieser erste Versuch unserer neu gegründeten Sektion hinsichtlich vieler Fragen zu wünschen übrig läßt, so dürfte doch auch die von uns erhobene Statistik durch ihr wertvolles Material ganz besonders geeignet sein, die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf den Beruf des Maschinenarbeiters mit allen seinen mannigfachen Mißständen zu lenken. Daß zur Besserung ihrer Lage eine starke Organisation nötig ist, diese Erkenntnis scheint nun auch endlich einmal einem großen Teile der Dresdener Maschinenarbeiter in Fleisch und Blut überzugehen; daß aber über allem die so notwendige Kleinarbeit, die Aufklärung über die zum Teil noch recht schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie der erhöhten Unfallgefahr an Holzbearbeitungsmaschinen nicht vergessen wird, soll der hauptsächlichste Zweck dieser Zeilen sein. An der statistischen Erhebung haben sich 326 Kollegen aus 52 Betrieben beteiligt. Organisiert sind im Deutschen Holzarbeiterverband 280 Kollegen, in anderen Organisationen 7, als indifferent zu bezeichnen wären dann noch 89. Auch diese kleine Zahl noch verschwinden zu lassen, wird die Aufgabe der beteiligten Kollegen sein.

Die Kollegen verteilen sich auf die einzelnen Betriebe folgendermaßen: 1 bis 5 Kollegen in 33 Betrieben; 5 bis 10 Kollegen in 10, 10 bis 15 Kollegen in 3, 15 bis 20 Kollegen in 2, 26, 32 und 35 Kollegen in je 1 Betrieb. In diesen 52 Werkstätten respektive Fabriken sind rund 700 der verschiedensten Holzbearbeitungsmaschinen vorhanden, und zwar 93 Bandsägen, 149 Kreissägen, 89 Abrichtmaschinen, 82 Dickenhobel, 104 Fräsmaschinen, 62 Bohrmaschinen, 28 Dekupiersägen, 9 Rehl-, 4 Stem-, 3 Schlit- und 22 Schleifmaschinen, 19 Pendelsägen und 101 sonstige Holzbearbeitungsmaschinen. Demnach würden im Durchschnitt auf einen Kollegen zwei Maschinen kommen. Dies Durchschnittsbild verschiebt sich aber durch die Statistik ganz erheblich. Danach kommen in

11 Betrieben auf einen Kollegen 1 Maschine,	2	3	4	5	6	7	8	9	10
17	6	5	5	5	3	2	2	1	1

Da nun die Frage, ob nur gelernte Arbeiter an die Maschinen gestellt werden, nur vierundzwanzigmal mit nein beantwortet wurde, so ergibt sich, daß in 41 Betrieben die Kollegen mehrere Maschinen bedienen müssen, oder daß auch die in den Betrieben mitbeschäftigten Tischler selbst an den Maschinen arbeiten; wir glauben aber, daß gerade dieser letzte Punkt in nicht allzuferner Zeit seine Lösung finden wird, so daß wir auf derartige Mißstände von seiten der Tischler im beiderseitigen Interesse verzichten müssen.

Der Fußboden besteht in 21 Betrieben von Holz, in 31 Betrieben von Stein, dieselben sind bis auf sieben in gutem Zustande. Was aber gerade die Steinfußböden betrifft, so sind dieselben eine der größten Gefahren für die Gesundheit der Kollegen, denn wenn man bedenkt, daß wir stundenlang ohne jede nennenswerte Bewegung der Füße an den Maschinen stehen, so steht doch unzweifelhaft fest, daß sich die dem Boden entströmende Kälte dem in erhöhtem Maße zum Teil ruhenden Körper schneller mitteilt, als wenn der Boden aus Holz bestehen würde. Die Folgen davon sind in erster Linie kalte Füße, Rheumatismus usw. Auch über die mangelhafte Beseitigung von Abfallholz wird in 15 Fällen geklagt, und das mit Recht; wie leicht kommen Kollegen zu Schaden beim Transportieren von Holz, wenn sie derartige, von Abfällen dicht belagerte Stellen passieren müssen. Ventilation ist nur in 18 Betrieben vorhanden und hiervon sind noch 11 sehr mangelhaft, in den anderen Werkstätten müssen Tür und Fenster geöffnet werden, um der frischen Luft Zutritt zu schaffen. Auch dies ist in den meisten Fällen nicht von Vorteil für die Gesundheit der von der Arbeit erhitzten Kollegen, aber danach fragen ja bekanntlich die Unternehmer nichts, sie sind ja dieser Zugluft nicht ausgeföht.

Schutzvorrichtungen sind in allen 52 Betrieben vorhanden, werden aber in 17 Betrieben nur teilweise benützt. Manche Kollegen halten die Benützung der Schutzvorrichtung überhaupt für unnötig, da auch durch Anbringung einer solchen Unfälle nicht vermieden werden können; meist werden diese Schutzvorrichtungen als unpraktisch und zu umständlich angebracht bezeichnet. Nehmen wir zum Beispiel die Fräsmaschinen. Die Kollegen werden in den seltensten Fällen die an denselben angebrachten Schutzvorrichtungen benutzen, da dieselben doch bei der Arbeit sehr hinderlich sind und bei kurzen Fräsarbeiten überhaupt nicht angewendet werden können. In den meisten Fällen wird wohl die Nichtbenützung dieser Schutzvorrichtungen auf die gesteigerte Arbeitsleistung der Maschinenarbeiter zurückzuführen sein, denn würde alles so angewendet, wie es die bestehenden Vorschriften verlangen, wo blieben dann die Profite der Unternehmer? Wie in vielen anderen Fällen opern auch hier die Kollegen den Profiten der Unternehmer ihre gesunden Glieder. Die durch solchen Mißbrauch entstehenden Unfälle

werden so lange andauern, solange die Beamten der Gewerbeinspektion die nötigen Auskünfte nicht von den Arbeitern oder deren Organisationen, sondern wie bisher vom Unternehmer einholen.

Die ungenügende Beleuchtung wurde nur von einem Betrieb zugegeben, aber wir wissen doch aus Erfahrung, daß unsere Kollegen keine allzu großen Ansprüche an dieselben machen und sogar manchmal mit Petroleumlampen zufrieden sein müssen.

Werkzeuge und Maschinen werden in 30 Betrieben als gut bezeichnet, in 20 als fehlerhaft und in 2 als ungenügend. Wie die Herren Unternehmer in der letzten 22 Betrieben fehlerfreie Arbeit verlangen wollen, ist uns unverständlich. Die Transmissionsriemen sind in 48 Betrieben oben, in 8 unten und in einem gemischt, also in den meisten Betrieben befindet sich dieselbe oben, bedenkt man dabei, daß, wie oben bemerkt, nur in 18 Betrieben für Ventilation gesorgt ist, so kann man ermaßen, inwieweit der Gesundheit der Arbeiter Rechnung getragen wird. Der fingerdicke Staub, welcher sich überall ansammelt, wird durch eine derartige Anlage in fortwährender Bewegung erhalten. Die Treibriemen sind in 39 Betrieben genügend verkleidet, in den anderen 13 schlecht; daß hier wiederum eine Gefahr mehr für die Arbeiter besteht, braucht wohl nicht erst besonders ausgeführt zu werden. Auch hier ist es wiederum Pflicht der Fabrikinspektion, tatkräftig zum Schutze der Arbeiter einzugreifen.

Die Erwärmung der Betriebe erfolgt in 34 Fällen durch Dampf, in 17 durch Öfen und in 2 durch Warmwasserheizung. Die Dampfheizung wird wohl in den meisten Fällen aus dem sogenannten Abdampf bestehen, und aus Erfahrung wissen wir, daß dann vor Frühstück nicht viel von Wärme zu spüren ist. Ebenso verhält es sich mit den Öfen; wer in der Nähe derselben arbeitet, möchte vor Hitze umkommen, die Fernstehenden können nicht arbeiten, weil ihnen die Kälte den Gebrauch der Glieder nicht in dem Maße gestattet, wie notwendig ist.

12 Betriebe sind im Souterrain, 33 parterre, 6 erste Etage, 1 zweite Etage.

36 Betriebe sind im Besitz eines Schranzes zur Aufbewahrung der Kleider, in 8 waren die Arbeiter so glücklich, einen Kleideraum und in 2 sogar einen Waschräum zur Verfügung zu haben.

In 49 Betrieben erfolgt der Antrieb durch Elementarkraft, und zwar in 12 Fällen durch Gas, in 5 durch Elektrizität, in 31 durch Dampf und in 1 durch Wasser. Die Frage, ob Maschinen auch im Freien stehen, wurde bis auf die Gatterfägen verneint; die an diesen Maschinen arbeitenden Kollegen sind aber immer noch besser daran als die im Innern der Betriebe arbeitenden, denn sie können sich bei Kälte danach anziehen und genießen immer frische Luft.

Das Einhalten der Unfallverhütungsvorschriften wurde dreifachmal mit ja, einmal mit nein und einmal als mangelhaft bezeichnet, während in 5 Werkstätten dieselben nicht einmal aushängen. Wenn man dabei bedenkt, daß im Berichtsjahr 1903 im Bereich der sächsischen Holzberufsgenossenschaft 1162 Unfälle gemeldet wurden — dabei sind solche, bei welchen die Arbeitsunfähigkeit nicht länger als 3 Tage dauerte, gar nicht mit angeführt —, so muß man sich unwillkürlich fragen: Ist der Fabrikinspektion das mangelhafte Befolgen der Unfallverhütungsvorschriften in den 11 Betrieben und das gänzliche Fehlen derselben in den 5 angeführten Fällen nicht bekannt? Von den obengemeldeten Unfällen waren 100 Versicherte länger als 13 Wochen und 218 blieben dauernd erwerbsunfähig; 12 Unfälle verliefen tödlich. Wenn man ferner den Bericht verfolgt hat, daß die obengenannte Genossenschaft für diese Unfälle 384834 Mk. ausgegeben hat, so muß man sich doch wiederum wundern, daß für Überwachung der Betriebe nur 3000 Mk. aufgewendet worden sind. In Sachsen haben wir in der Holzindustrie 3376 Betriebe mit Kraftmaschinen im eigenen Besitz; es folgt daraus, daß für den einzelnen Betrieb noch nicht einmal 1 Mk. ausgegeben worden ist. Wir sind wohl alle der Meinung, wenn für Überwachung das Zehnfache aufgewendet würde, müßten sich die Unfälle bedeutend vermindern und unsere Kollegen beständen über ganzen Nieder. Auf der anderen Seite erhält das Bild eine ganz andere Ansicht, denn man hat hier für Unfalluntersuchungen und Feststellungen der Entschädigungen nicht weniger als 14790 Mk. ausgegeben, das ist noch über viermal so viel als für Überwachung. Auch hier sieht man wieder, wenn dem Arbeiter, sobald er seine gefunden Glieder auf dem Schlachtfeld der Arbeit eingebüßt hat, die Rente möglichst geschmälert, wenn nicht gar entzogen werden soll, wird Geld in reichlichem Maße zur Verfügung gestellt.

Ziehen wir hier zum Beispiel die Bauberufsgenossenschaft und deren Geschäftsbericht zum Vergleich an. In der Holzbranche sind bei 34912 Versicherten 1162 Unfälle gleich 33,25 Prozent, dagegen in der Baubranche bei 119078 Versicherten 4533 Unfälle gleich 35,55 Prozent vorgekommen. Die durchschnittliche Rente beträgt bei ersterer 125 Mk. und bei letzterer 175 Mk. pro Unfall. Weiter haben beide Genossenschaften für Heilverfahren, erstere für 141 Mitglieder 5185 Mk., letztere für 994 Mitglieder 38749 Mk. verausgabt. Als dauernd erwerbsunfähig blieben Holzarbeiter 218, Bauarbeiter 418. Da das Verhältnis zwischen beiden Genossenschaften bei Unglücksfällen und Heilverfahren 1:4 und bei der Zahl der dauernd erwerbsunfähigen 1:2 ist, so muß man doch unwillkürlich zu der Ansicht kommen, daß die Verletzungen an den Maschinen ungleich schwerer sind als auf Bauten.

Nur bei den tödlich verlaufenen Unglücksfällen verschiebt sich der Prozentsatz zu unseren Gunsten. Es sind bei den Holzarbeitern 12 und bei den Bauarbeitern 80 derartige Fälle eingetreten, gleich 1:7. Da nun nach unserer Statistik auf jeden Arbeiter zwei Maschinen kommen, wenn wir ferner uns vor Augen führen, wie gefährlich und gesundheitsschädlich gerade unsere Branche ist, so kann man hier ohne weiteres behaupten, daß der Mindestlohn von 42 Pf., der hier gezahlt wird, viel zu gering ist. Da wir aber, soweit es Kollegen betrifft, welche bei einem Meister der Zimung oder dem Arbeitgeberverband angehörend beschäftigt sind, an den Vertrag vom Juli 1904, laufend bis 31. Dezember 1906, gebunden sind, kann von neuen Lohnforderungen für uns vorläufig keine Rede sein.

Es ist darum Pflicht eines jeden Kollegen, die Löhne auf eigene Hand in angemessene Höhe zu bringen. Die Kollegen

sollten ferner jede Gelegenheit benutzen und dafür sorgen, daß genügend für Ventilation gesorgt wird, die Riemen verkleidet werden, das Abfallholz beseitigt wird und vor allen Dingen die Unfallverhütungsvorschriften genau befolgt werden. Wir wollen hier zur Beherzigung für jeden Kollegen ohne weiteres behaupten, daß alles Streben der Arbeiter nach einer auskömmlichen Existenz so lange erfolglos sein wird, bis nicht alle Indifferenzen zum großen Teil beseitigt sind; nur wenn wir dieses erstrebenswerte Ziel erreicht haben, wird für uns die Möglichkeit bestehen, Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Mit aller Deutlichkeit lehrt auch diese Statistik, daß es uns mit einigem guten Willen wohl möglich ist, gegen das alles zerstörende Kapital Front zu machen. Kollegen, vereinigt euch, klärt die Indifferenzen auf, die sich jetzt noch gegen alles, was Organisation heißt, auflehnen, denn die errungenen Vorteile werden es euch lohnen. Es ist ferner eines jeden Pflicht, unablässig für seine Organisation zu werben und zu agitieren, damit gerade alle Vorteile derselben auch den Maschinenarbeitern zugute kommen.

Goch der Deutsche Holzarbeiterverband!
Die Sektionsleitung der Maschinenarbeiter Dresdens.

Soziales.

Die Bergarbeiterschutzbilliege ist am 26. Mai vom preussischen Abgeordnetenhaus angenommen worden. Sie hat aber eine Fassung erhalten, daß der Name Bergarbeiterschutzbilliege kaum mehr auf sie angewendet werden darf.

Nach Abschluß der zweiten Lesung der Vorlage war es sehr zweifelhaft geworden, ob überhaupt etwas zustande kommen würde. Die Behandlung, welche der recht beschiedene Regierungsentwurf in der Kommission und im Plenum des Dreiklassenparlamentes erfahren hatte, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bewogen, die Beschlüsse des Bergarbeitertages in der Form einer Gesetzesvorlage geleistet, im Reichstag einzubringen, um die Frage des Bergarbeiterschutzes vor das Forum zu bringen, vor welches dieselbe von Reichstagswegen gehört. Um den Anschein zu erwecken, als ob auch sie ernsthaft für einen wirklichen Bergarbeiterschutz eintreten, brachten die Zentrumsabgeordneten kurz darauf einen ähnlichen Antrag im Reichstag ein und beantragten, die Beratung dieser Anträge am gleichen Tage vorzunehmen, an welchem die dritte Lesung der Bergarbeiterschutzbilliege im preussischen Landtag auf der Tagesordnung stand. Durch die Obstruktion der Konservativen und der Nationalliberalen aber wurde dieser Plan durchkreuzt. Man wird aber nicht fehlgehen, wenn man vermutet, daß die Verhinderung einer Debatte im Reichstag über diese Materie dem Zentrum sehr gelegen kam.

Das Zentrum des preussischen Landtags hatte nämlich inzwischen mit großem Eifer hinter den Kulissen gearbeitet, um eine Verständigung zwischen der Regierung und den Parteien herbeizuführen, und als Graf Bülow am 26. Mai das Wort nahm, um die dritte Lesung der Vorlage mit einer Rede einzuleiten, da wußte er, daß der Kuhhandel abgeschlossen ist. Nach den endgültigen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ist das Nullen abgeschafft, dafür sind andere Strafbestimmungen eingeführt. Dagegen ist der sanitäre Maximalarbeitszeit vollständig beseitigt. Die Arbeiterauslässe waren in der zweiten Lesung abgelehnt worden, in der dritten Lesung wurden sie wieder hergeleitet, aber in einer Fassung, daß man nur noch von einer Parikatur reden kann.

Aufgabe der Arbeiterauslässe soll es sein, darauf hinzuwirken, daß das gute Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und zwischen der Belegschaft und dem Arbeitgeber erhalten bleibt, oder wieder hergestellt wird. Ein Arbeiterauslaß, der seine Zuständigkeit überschreitet, kann nach freudloser Verwarnung" aufgelöst werden. Nach wiederholter Auflösung kann die Suspension für die Dauer eines Jahres verschärft werden. Innerhalb dieser Zeit dürfen die Arbeiter dann also überhaupt keinen Anstoß wählen. — Schlichter ist die Vollstreckung der Arbeiter, die bei einem Jahre an dem Bergwerk gearbeitet haben. Genügt werden können nur dreißigjährige Vertreter, nicht bloß Arbeiter, sondern auch Steiger, Beamte usw., die mindestens seit drei Jahren auf dem Bergwerk gearbeitet haben. Das Amt eines Ausschussesmitglied erlischt, sobald es aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet. Die Wahl ist geheim.

In der Praxis werden diese Arbeiterauslässe natürlich nichts zu sagen haben, denn wenn sie es versuchen sollten, sich irgendwie maufig zu machen, werden sie aufgelöst und suspendiert.

Für das Zustandekommen dieses Gesetzes auf ein Bergarbeiterschutzes trägt in erster Linie das Zentrum die Verantwortung. Wäre die Vorlage im Landtag abgelehnt worden, dann wäre sie vor die von vornherein zuständige Instanz, den Reichstag, gekommen. Ein ideales Bergarbeiterschutzes wäre allerdings auch hier nicht zu erwarten gewesen; bessere Arbeit als der preussische Landtag hätte der Reichstag aber jedenfalls geleistet.

Nunmehr steht noch die Entscheidung des preussischen Herrenhauses aus; dasselbe wird aber wahrscheinlich das Gesetz annehmen, wenn auch mit „schwerem Herzen“, aus Furcht vor dem Reichstag.

Einen Erfolg hat diese mit so großem Lantam begonnene Bewegung gehabt; sie hat den Arbeitern mit größter Deutlichkeit gezeigt, daß sie den Versprechungen der Regierung auch dann nicht trauen darf, wenn sie mit der größten Feierlichkeit abgegeben werden. Ebensovornig ist auch irgendwelcher Verlaß auf die bürgerlichen Parteien, und speziell das Zentrum hat bewiesen, daß es jederzeit bereit ist, die Interessen der Arbeiter zu verraten. Ob wohl die christlichen Gewerkschaften hieraus die nötigen Konsequenzen ziehen werden?

Wohlum muß Zinsen tragen, denken die Macher des Vereins für Arbeiterkolonien in Sachsen. Diese Anstalten erheben den Anspruch, Wohltätigkeitsanstalten zu sein, die dem auf der Landstraße verkommenen Proletariat ein Unterkommen bieten, wo er Gelegenheit findet, sich wieder emporzuarbeiten. Von dem Ertrag seiner Arbeit erhält er jedoch nur einen recht bescheidenen Teil, so daß es möglich wird, daß die aus purer Menschenliebe gegründeten Wohltätigkeitsanstalten ganz anständige Profite abwerfen. Nach der in der Hauptversammlung des Vereins für Arbeiter-

kolonien in Sachsen mitgeteilten Jahresrechnung schlossen ab die Vereinshauptkasse in Dresden bei 36589,79 Mk. Einnahmen und 24878,77 Mk. Ausgaben mit 11711,02 Mk. Überschuß, die Kolonie Schneckengrün (Gutsbetrieb) bei 54876,76 Mk. Einnahmen und 36994,78 Mk. Ausgaben mit 17879,98 Mk. Überschuß und die Kolonie Bieske (Gutsbetrieb) bei 28333,25 Mk. Einnahmen und 22845,82 Mk. Ausgaben mit 5987,43 Mk. Überschuß. Der Vermögensbestand des Vereins bezifferte sich am Ende des Jahres 1904 auf 449289,84 Mk. Aktiven und 288408 Mk. Passiven. Die Zahl der Verpflegte belief sich im Jahre 1904 auf 58884 in beiden Kolonien. Der tägliche Durchschnittsbestand stellte sich in Schneckengrün auf 88, in Bieske auf 69 Kolonisten.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung befindet sich wieder in Vorbereitung. In derselben soll unter anderem die Frage der Konzeptionierung von Schankwirtschaften einer Neuordnung unterzogen werden. Es ist aber noch fraglich, ob die entsprechende Gesetzesvorlage dem Reichstag schon in seiner nächsten Tagung vorgelegt werden wird.

Ein Politzeistreit ist in Lyon in Frankreich ausgebrochen. An dem eigenartigen Streit sind zirka 700 Polizisten beteiligt. Der Ausstand ist auf die Maßregelung einiger Beamten durch den Präfecten zurückzuführen, was zur Folge hatte, daß sich das Solidaritätsgefühl auch der Leute bemächtigt hat, die sonst gegen streikende Arbeiter losgelassen werden. Die Bevölkerung Lyons sympathisiert mit den Streikenden, die durch Soldaten und Gendarmen erseht worden sind.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachgenannten Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, den angegebenen wöchentlichen Sozialbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. Juni: Frankenthal 5 Pf., Flensburg 15 Pf.; ab 1. Juli: Lübeck 15 Pf., Wald 5 Pf., Reichenhall 5 Pf.
Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

Bochum. Gegenüber den in letzter Zeit laut gewordenen Klagen über die traurige Lage der Stellmacher, welche hauptsächlich zurückzuführen ist auf die beispiellose Gleichgültigkeit derselben, wirkt es wohlthuend und ermunternd, wenn man hört, daß in den verschiedensten Orten die organisierten Stellmacher sich aufraffen und mit Forderungen an die Unternehmer herantreten. Letzteres können wir auch von Bochum berichten, wo die Stellmacher eines größeren Betriebes durch ihre Organisation ohne Arbeitseinstellung sehr beachtenswerte Erfolge erzielt. In der Wagfabrik von Fr. Dueg Nachfolger waren die Arbeiter in eine Bewegung eingetreten, und wurden folgende Forderungen der Firma am 1. Mai unterbreitet: Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden bei Bezahlung des seitherigen Lohnes. Sonnabend ist eine halbe Stunde früher Feierabend, desgleichen vor den hohen Feiertagen um 4 Uhr bei voller Bezahlung. Die überstunden sind einzuführen; müssen solche gemacht werden, so sind dieselben bis 9 Uhr mit 25 Prozent Zuschlag und nach 9 Uhr und Sonntags mit 50 Prozent Zuschlag zu entschädigen. Wöchentliche Lohnzahlung vor Schluß der Arbeitszeit. Einen Mindestlohn von 35 Pf. für jüngere Arbeiter. Diese Forderungen wurden fast alle nach einigem Sträuben bewilligt; nur die achtstägige Lohnzahlung erklärte der Firmeninhaber für überflüssig, weil die Arbeiter zu jeder Zeit Geld erhalten könnten, und die Festsetzung eines Mindestlohns von 35 Pf. wurde unter Hinweis auf einige minder leistungsfähige sowie erst ausgelebte Arbeiter abgelehnt. Mit Rücksicht auf die entgegenkommende Haltung der Firma beschloß die Arbeiterschaft, von der Durchführung der einzelnen geforderten Punkte vorläufig abzusehen. Im großen und ganzen ist es ein sehr schöner Erfolg, den die Kollegen durch ihre Einigkeit erreicht haben. Stellmacher von Bochum, die ihr noch nicht unserem Verbände angehört, erwacht aus eurem Schlaf und schließt euch unserem Verbände an. Eure Lage ist nicht hoffnungslos, und ihr könnt jetzt nicht mehr sagen wie so oft: „Ach, es nützt doch nichts“. Ihr seht, daß es doch etwas nützt, wenn man einig ist. Kollegen, beherzigt diese Mahnung und tretet der Organisation bei, dann wird es uns in absehbarer Zeit auch möglich sein, für die gesamten Stellmacher Bochums bessere Verhältnisse zu schaffen. Wir bitten aber die auswärtsigen Kollegen, Bochum nicht gleich zu überlaufen, denn zurzeit sind bei der genannten Firma alle Plätze besetzt.

Gassel. Von unseren bürgerlichen Sozialpolitikern wird sehr oft auf die berühmten Wohlfahrtsvereinigungen hingewiesen, deren sich die Arbeiterschaft zu erfreuen hat. Auch in den Gummiabriken spielen diese Wohlfahrtsvereinigungen eine gewisse Rolle. Wenn man die uns vorliegenden Geschäftsberichte verschiedener Gummiabriken einer Durchsicht unterzieht, dann gewinnt man nicht nur ein ganz eigenartiges Bild von den vielgerühmten Stiftungen, man lernt auch die Lage der Arbeiter in der Gummiindustrie kennen und sie verstehen. Eingangs klagen die Geschäftsberichte allgemein über die gestiegenen Rohmaterialienpreise, und in der Tat sind die Rohgummipreise nach einer uns vorliegenden Tabelle von Januar bis Dezember 1904 um 87 Prozent gestiegen. Dies erklärt auch zum Teil die Versuche einiger Fabrikanten im Laufe des vorigen Jahres, die Akkordpreise zu kürzen. Allerdings nur zum Teil, denn wie bekannt, sind es sehr oft auch andere Umstände, welche den Fabrikanten veranlassen, die Akkordpreise zu reduzieren. Nun erklären die Geschäftsberichte weiter: „Wenn auch eine Erhöhung der Verkaufspreise stattgefunden hat, so doch nur in dem Maße, daß sie der Erhöhung der Rohmaterialienpreise gleichkommen.“ Jedoch die Fabrikanten wollen auf die Dauer ihren Profit nicht geschmälert wissen, darum berufen sie schon vor einigen Monaten eine von den Vertretern der größeren Fabriken gebildete Kommission, welche beraten soll, wie es am besten möglich ist, eine einheitliche Preisserhöhung durchzuführen. Wie aus den Berichten hervorgeht, hat sich das Couponabschneiden auch in dem letzten Jahr immerhin als ein einträgliches Geschäft erwiesen, denn die Dividenden bewegten sich zwischen 4 und 38 1/2 Prozent. Die Dividenden

sind aber gegenüber den früheren Jahren zurückgegangen, ebenso auch die Entschädigungen und Gratifikationen, folglich konnte eine Kürzung der Zuweisungen an die Wohlfahrts-Einrichtungen nicht ausbleiben. In welcher Weise man die Wohlfahrts-Einrichtung für die Arbeiter dotiert, beweist folgendes Beispiel: In einem Betrieb gewährte man den Aktionären 9 Prozent Dividende, daneben eine anständige Rantime für Vorstand und Aufsichtsrat. Den Beamten wurde eine Gratifikation von 4800 Mk. bewilligt, aber auch des Unterstützungsfonds für die Arbeiter gedachte man, indem man demselben ganze 1800 Mk. überwies. An diesem Beispiel sieht man, daß erst alle anderen Faktoren reichlich versorgt werden, wenn schließlich noch etwas übrig bleibt, dann weißt man es großmütig den Arbeitern zu, aber belächelt nicht direkt, sonst könnten sie sich zu wohl fühlen. Der organisierten Arbeiterchaft ist es jedoch schon längst zum Bewußtsein gekommen, daß diese Sorte Wohlfahrts-Einrichtungen, in deren Verwaltung sie nichts mitzureden haben, nur ein Hemmschuh ist für die Bestrebungen auf Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Darum fort mit derartigen Wohlfahrts-Einrichtungen; kurze Arbeitszeit und bessere Löhne. Das sei unsere Lösung. Wie oft haben wir sehen können, daß Arbeiter, welche jahrelang zu derartigen Unterstützungseinrichtungen beigeleitet hatten, aus irgend einem Grunde der Fabrik den Rücken kehren mußten, und damit all des schönen Geldes verlustig gingen. Denn die Unterstützungskassen werden nicht nur aus den Zuweisungen von Seiten der Fabrikleitung gebildet, sondern auch die Arbeiter haben jede Woche ihren Obolus dazu zu steuern. Es soll nun keineswegs gesagt sein, daß die Löhne in denjenigen Fabriken höher sind, in welchen keine Wohlfahrts-Einrichtungen existieren. Fest steht jedoch, daß die Arbeiter in diesen Betrieben eher zur Erkenntnis ihrer Lebenslage kommen und leichter die Gelegenheit wahrnehmen, den Fabrikanten etwas abzurufen, als dort, wo sie eine Wohlfahrts-Einrichtung feststellen.

Selle. Die Verhängung der Sperre über die Stuhl-fabrik Emil Mundhenke tut ihre Wirkung. Seit vier Wochen hat Herr Mundhenke auch nicht einen Stuhlbauer bekommen, aber wir haben ihm seither fünf weitere Stuhl-bauern herausgeholt und noch einige werden folgen, er kann dann sehen, wie er mit den paar Indifferenten fertig wird. Wenn einmal ein Stuhlbauer zuweist und fragt bei Herrn Mundhenke um Arbeit an, dann wird er mit Freuden aufgenommen, aber o weh, angefangen wird nicht, denn die Firma ist gesperrt. Die Firma wird einsehen lernen, daß die Zeiten vorbei sind, wo man ohne weiteres „Preis-regulierungen“ vornehmen konnte. Wenn die Firma andere Zustände im Betrieb einführt, die es unseren Kollegen ermöglichen, einen den örtlichen Verhältnissen angemessenen Lohn zu verdienen, dann wird es ihr auch an Arbeitern nicht fehlen.

Darmstadt. Am 28. Mai fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Becker-Stuttgart über: „Zwölf Jahre Kampf im Holzarbeiterverband“ sprach. Zum zweiten Punkt „Unsere Lohnbewegung“ wurde einstimmig beschlossen, die Forderungen den Arbeitgebern am 29. Mai zuzustellen und denselben fünf Tage Bedenkzeit zu geben. Gleichzeitig wurde der ordentliche Beitrag für Darmstadt bis auf weiteres auf 1 Mk. pro Woche erhöht. Der letzte Beschluß wurde ebenfalls einstimmig gefaßt.

Dortmund. Die Lage der Schreiner in Dortmund ist in der Tat nicht so glänzend, wie sie den Kollegen in den übrigen Teilstellen Deutschlands erscheinen mag. Bekanntlich haben die hiesigen Kollegen seit neun Jahren für die Verbesserung ihrer Verhältnisse nicht eintreten können, da die Ausübung der Organisationsarbeit die gewünschten Fortschritte machte. Seit einem Jahre ist aber durch rege Agitation die Zahl der Mitglieder auf das Doppelte gestiegen und beträgt jetzt über 400. Das Wachstum der Organisation war aber auch dringend notwendig, denn hier wird noch zehn Stunden gearbeitet, und der Lohn beträgt vielfach nur 80 Pf. pro Stunde. Wir weisen noch darauf hin, daß hier am Orte die Bauarbeiter in der Zahl von 12- bis 1500 ausgesperrt sind. Die Folgen machen sich auch für den Schreinerberuf bemerklich, und ist den Kollegen in einer Werkstatt bereits gefühlbar. Deshalb ersuchen wir, den Zuzug nach hier vorläufig fernzuhalten.

Frankfurt a. M. Wie schon aus der vorigen Nummer ersichtlich, waren bei der Firma C. S. Barthel, Bürsten-fabrik, Differenzen ausgebrochen, welche dank der starken Organisation, sowie der Einigkeit der dort beschäftigten Kollegen auf friedlichem Wege geschlichtet worden sind. Es kann nichts schaden, einmal näher auf die Sache einzugehen, schon um deswillen, weil von gewisser Seite immer bestritten wird, daß der Deutsche Holzarbeiterverband die einzig richtige Organisation für die Bürstenmacher ist. Geht doch Herr Knieftadt und sein Anhang immer noch mit der Behauptung haften, der Holzarbeiterverband täte nichts zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bürstenmacher. Vor ungefähr zwei Jahren wurde in Frankfurt a. M. eine Sektion der Bürstenmacher gegründet, und namentlich waren es die Kollegen der Firma C. S. Barthel, welche sich sämtlich dem Verbande anschlossen, und recht rege an den Versammlungen teilnahmen. Des öfteren wurde darüber beraten, wieso es komme, daß die Bürstenmacher Frankfurts sich noch in so elender Lage befinden, und wie diesem Übel abzuhelfen wäre. Schließlich faßen sich die Kollegen ver-anlaßt, am 6. Mai 1905 folgende Forderungen an die Firma zu stellen: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit (bisher 10 1/2 Stunden), 10 Prozent beziehungsweise 5 Prozent Lohn-aufschlag, Erhöhung der Akkordpreise, sowie Garantie des Stundenlohnes bei Akkordarbeit. Die Firma verhielt sich anfangs ablehnend, und wunderte sich sehr darüber, daß die Arbeiter nicht einzeln ihre Wünsche vorbrächten, sondern gemeinsam handelten, dieses war seit Bestehen des Geschäftes (1846) noch nicht vorgekommen. Nachdem aber sämtliche Kollegen am 12. Mai ihre Kündigung einreichten, sah die Firma doch wohl ein, daß es richtiger ist, sich in friedlicher Weise mit den Arbeitern zu verständigen, als es zum Kampf kommen zu lassen, denn zum Renommee des Geschäftes hätte es nicht beigetragen. In der ersten Verhandlung, welche stattfand, wurde noch keine Einigung erzielt. In der am 15. Mai stattgefundenen Verhandlung machte die Firma folgende Grundzüge: Ab 1. Juni 1905 wird die zehnstündige

Arbeitszeit mit 10 Prozent Lohnerhöhung für alle Arbeiter eingeführt; die geforderten Akkordpreise wurden mit einigen Abweichungen bewilligt. So gibt es jetzt für Einziehen gewöhnlicher Ware 90 Pf. pro tausend Loch, früher 70 Pf. Borsten 1,10 Mk. Fassbülsten 1 Pf. mehr pro Stück. Für Pechen wird bezahlt: Borsten gewöhnliche Ware 1,90 Mk. pro tausend, früher 1,70 Mk., polierte Ware 2,10 Mk. pro tausend, und Pfaffsack nach Ablauf der jetzigen Submition 2,30 Mk. pro tausend Loch. Nur in einem Punkt konnte keine Einigung erzielt werden, nämlich der Sicherung des Stundenlohnes bei Akkordarbeit; aber alles genau betrachtet, bedeutet die Annahme des jetzigen Tarifes doch eine wesentliche Verbesserung der tieftraurigen Lage der Bürstenmacher hier am Orte, die Arbeitszeit wurde um 3/4 Stunden die Woche verkürzt, unter dem gleichen beziehungsweise höheren Arbeitsverdienst. Und wenn haben es die Kollegen der Firma C. S. Barthel zu verdanken? Einzig und allein ihrer Organisationskraft, und da will man noch behaupten, der Deutsche Holzarbeiterverband taugt nichts für die Bürstenmacher! Kollegen Deutschlands, es liegt durchaus nicht am bösen Willen des Vorstandes, daß sich die Bürstenmacher in noch so elender Lage befinden, daß sie noch gezwungen sind, bei elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit für fargen erbärmlichen Lohn sich dem Unternehmer opfern zu müssen, nein, weil so mancher Kollege den Wert einer leistungsfähigen Organisation noch nicht begriffen hat, weil es noch vielfach an der nötigen Einigkeit fehlt, und ein großer Teil der Kollegen es für richtiger hält, sich von der Organisation fernzuhalten, dieses ist der Krebschaden. Wollt ihr nicht länger noch im Elend dahinsinken, so tretet ein und werdet werdet Mitglieder für den Deutschen Holzarbeiterverband. Es wäre den Frankfurter Kollegen nicht so leicht gelungen, einzeln das zu erreichen, was erreicht worden ist. Wenn die Verhältnisse bei der Firma C. S. Barthel auch geregelt sind, so brauchen die Kollegen Deutschlands nicht gleich das Bündel zu schnüren mit dem Aufse, „Auf nach Frankfurt a. M.“, nein, im Gegenteil, es wäre gut, wenn Frankfurt nicht so überlaufen würde, denn jetzt gilt es, auch in den anderen Betrieben Topf und Franz bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, denn dort sind die Mißstände noch größer. Also, Kollegen, meldet Frankfurt so gut ihr könnt, um so leichter wird es euch gelingen, Vorteile für die Gesamtheit zu erringen. Und auch Frankfurter Kollegen rufen wir zu, haltet fest und treu zum Holzarbeiterverband, und laßt euch nicht durch Versprechungen aller Art verleiten, eure Fahne zu verlassen, unter der ihr siegreich gekämpft habt.

Geringswalde. Die Holzarbeiter, speziell Stuhlbauer, Polierer, Drechsler und Maschinenarbeiter des sächsischen Erzgebirges befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Hoffnung, daß das dortige Unternehmertum einsehlichsvoll genug sei, den sehr bescheidenen Forderungen ihrer Arbeiter Rechnung zu tragen, scheint vollständig geschwunden zu sein, wie nachstehendes gedrucktes Zirkular beweist, welches sämtlichen Unternehmern von Geringswalde und Umgegend zugesandt wurde. Dasselbe lautet:

Werter Herr Kollege!
Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß am hiesigen Orte und in der Umgegend, speziell in Frauenbach, Obernhau, Rammerswalde, Neuwensdorf, Wienennühle, Dorfschmiltz, Voigtzdorf, Mandeb und Mulda durch Agitatoren ein Streik der Stuhlbauer, Polierer, Maschinenarbeiter und Drechsler in Szene gesetzt werden soll und dieser jedenfalls noch Ende dieser Woche beschlossen werden wird.
Im allgemeinen Interesse unserer an und für sich sehr wenig günstig liegenden Branche bitten wir Sie, sich eventuell bei Ihnen meldende Leute aus oben bezeichneten Ortschaften nicht einzustellen.
Um den übermäßigen Forderungen der Arbeitnehmer entgegenzutreten, beziehentlich, um uns den Leuten nicht auf Gnade und Ungnade auszuliefern, werden wir sämtliche unserer Arbeiter bis zur Unterwerfung unter die bisherigen Bedingungen aussperren.
Neuhäusen i. Sa., den 24. Mai 1905.

Mit kollegialem Gruß ergebenst
Der Arbeitgebers-Verband von Neuhäusen und Umgegend.

Was zur Unterwerfung unter die bisherigen Bedingungen sollen sämtliche Arbeiter ausgesperrt werden, wenn sie es ernstlich versuchen, ihre ohnehin sehr traurige Lage um etwas zu verbessern. Im übrigen wollen wir noch bemerken, daß es gerade die hiesigen Unternehmer sind, die bei jeder Gelegenheit uns auf das Erzgebirge verweisen. Oft genug haben wir von denselben gehört: „Geht erst ins Gebirge, da ist für euch ein großes Arbeitsfeld, denn dort werden die unerhört geringsten Löhne gezahlt und die traurigsten Verhältnisse sind dort anzutreffen.“ Das ist sehr richtig. Jetzt aber werden die hiesigen Unternehmer um Unterstützung ihrer dortigen Kollegen insofern ersucht, als sie Arbeiter des Erzgebirges nicht einstellen sollen. Dadurch dürfen sich aber die Kollegen nicht einschüchtern lassen. Im Gegenteil, mit allen gesetzlichen Mitteln müssen dieselben versuchen, ihre bescheidenen Forderungen zur vollen Durchführung zu bringen. Das dortige Unternehmertum wird zeitig genug einsehen müssen, daß die Organisation eine Macht ist, mit der gerechnet werden muß. Den kämpfenden Kollegen des sächsischen Erzgebirges werden wir jederzeit hilfsreich zur Seite stehen und Solidarität bewahren.

Nordhausen. Wer der Meinung ist, daß unsere Stadt, die Heimat des edlen „Nordhäuser Korn“, den Kollegen eine einigermaßen menschenwürdige Existenz bietet, der hat sich gründlich geirrt. Elfstündige Arbeitszeit, niedriger Lohn, Lehrlingsausbeutung stehen in der schönsten Blüte. So sind im ganzen 108 Tischler in Nordhausen beschäftigt, von diesen entfallen allein 55 auf drei größere Betriebe. Alle anderen arbeiten bei Kleinmeistern. Da hält der Meister einen oder zwei Gesellen neben drei, vier oder fünf Lehrlingen. Der Wochenlohn beträgt 10 bis 18 Mk.; allerdings wird in den größeren Betrieben bis zu 22 Mk. bezahlt, jedoch sind es nur wenige, die diesen Lohn erhalten. Eine rühmliche Ausnahme macht hier noch die Firma Ahle, welche ihren Leuten die zehnstündige Arbeitszeit innehält, auch die höchsten Löhne bezahlt. Auch in dem Rost- und Logiswesen reißt sich unser liebes Nordhausen würdig an die in der Kultur zurückgebliebenen Kleinstädte, indem man trotz des bei der letzten Lohnbewegung gegebenen Wortes an vier Stellen Gesellen in Rost und Logis hat. Es ist ja auch nötig, daß man sie in getreuer Obhut hält, damit sie dem Einfluß des bösen

Verbandes entzogen werden. Ein probates Mittel hat die Firma Aurin für ihren Betrieb eingeführt, dort werden die Kollegen Sonn- und Werktag beschäftigt. Elf bis dreizehn Stunden Arbeitszeit verhindern sie, über ihre Lage nachzudenken. Damit sie vor den roten Verhandlungsbrüdern bewahrt bleiben, haben sie einen Nevers zu unterschreiben, in welchem sie sich verpflichten, dem Holzarbeiterverband nicht anzugehören. Wer nicht gehorcht, fliegt auf das Straßens-pflaster. Während man in der freisinnigen Hochburg die Freiheit und Volksideale fortgesetzt im Munde führt, wird von den Anhängern der freisinnigen Partei, denen sich auch Herr Aurin zuzählt, ihr Ideal, die Freiheit des einzelnen, in den Staub getreten. Werden die Verhältnisse sich bessern? Solange die Gleichgültigkeit unter den Kollegen nicht aufhört, ist es nicht möglich. Überall blüht der Fortschritt, nur unser Kleinmeistertum steuert auf das Mittelalter zu. Darum aufgemacht, Kollegen! Organisiert euch, nur eine zielbewusste Arbeiterschaft kann heute Vorteile erringen.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Neuhäusen bei Dresden. Streik und Aussperrung in sechs Fabriken ausgebrochen. 113 Stuhlbauer, Polierer, Drechsler, Maschinenarbeiter beteiligt. Zuzug fernhalten.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Aachen, Alfeld (Rent), Anklam (W. Oldenburg), Augsburg, Blankenburg a. S., Beuthen D.-Schl., Celle (Mundhenke), Grimmitzschau i. S., Dortmund, Duisburg, Eisenach, Falkenstein (Otto Schneider), Finsterwalde (Tischfabrik Kurt Winkler), Freienwalde, Friedrichshafen, Gera, Greifswald, Goslar a. Harz (Fr. Wagener), Hei-dingsfeld bei Würzburg (Hint), Lage (H. Kammeter und A. Wüthe), Landslut, Langenlalta (Fr. Woschtau und W. H. Scharfenberg), Leipzig, Liegnitz (Fritsch & Co. und G. Tietz), Mannheim (Sachs & Co.), Neumünster in Holstein, Neuß bei Düsseldorf, Prießbus (D. J. Schulze), Riesa (Sächsische Möbelindustrie), Schönlank (Böppel), Stolp (M. Schlämmling), Wedel in Holstein, Schweiz;
 - Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach Darmstadt, Hartha (Bernhard Perle), Rabenau (Spechtrichmühle), Schleuditz (F. Schäfers Söhne);
 - Tischlern auf photographische Apparate nach Rabenau (Kolbe & Schulze);
 - Modelltischlern nach Berlin, Braunschweig (Dampf-kessel- und Gasometerfabrik), München, Nürnberg, Pognitz, Schweden;
 - Tischlern und Stellmachern nach Bochum (Weg Nachf.), Brandenburg a. S. (G. F. Richter), Hamburg (Wagen-fabrik Falkenried), Dortmund, Magdeburg (Waret Smith & Co.);
 - Tischlern und Pantinnmachern nach Cottbus;
 - Stellmachern nach Dresden, München;
 - Drechslern nach Bernau (Mittler);
 - Musikinstrumentenarbeitern nach Bamberg (F. C. Neupert), Dresden, Johanngeorgenstadt (A. Gruner), Liegnitz (A. Freitag);
 - Parfettlern nach Nürnberg (Moser); Stettin (Rahmow);
 - Bauschlagern nach Frankfurt a. M.;
 - Stockerarbeitern nach Berlin (S. & S. Gembich) und Philipp & Co.);
 - Korbmachern nach Celle (Gebrüder Rohmann), Lübeck (F. Oldenburg), Liegnitz (Kindervagenfabrik Konezny), Marixanstadt (Schubler), Nürnberg (Ferd. Althoff);
 - Bürstenmachern nach Greifenhagen (P. Hinge), Heidel-berg (Gallus Mahler), Wittenberge (Schäfer).
- In Augsburg** ist durch die Unterstützung, welche der Industrieverein den Schreinermeistern gewährt, der schwebende Streik zur Machtfrage gestempelt worden. Man will die Einführung des Neunstundentags in Augsburg mit Gewalt hintertreiben, sonst könnten ja auch einmal die Textilstaven aufwachen und kürzere Arbeitszeit fordern. Der Stand des Streiks ist nach wie vor günstig; die Unterstützung des Industrievereins hat nicht verhindert, daß einzelne Geschäfte doch kommen und die Forderungen bewilligen. Zurzeit arbeiten 140 Kollegen zu neuen Bedingungen, 120 sind noch im Ausstand und 80 Kollegen sind abgereist. Streikbrecher sind nur wenig vorhanden und sind dies sehr zweifelhafte Arbeiter. Die Kollegen sind gewillt, auszuhalten und den Steg unter allen Umständen zu erringen.
- In Braunschweig** dauert die über die Dampfessel- und Gasometerfabrik verhängte Sperre für Modelltischler fort. Wie in Nr. 18 schon berichtet, legten wegen Maßregelung des Vertrauensmannes sechs Kollegen die Arbeit nieder. Drei Kollegen blieben stehen. Obgleich Verbandsmitglieder, konnten es H. Tasche und R. Socha nicht über sich gewinnen, solidarisch zu handeln. Damit nicht genug, man gab sich noch Mühe, durch Verdrehung der ganzen Vorkommnisse Tischler zu überreden, ja fest anzufangen, es sei die geeignete Zeit, eine gute Stelle zu bekommen. Nun waren es ihrer fünf, zu diesen gesellten sich noch zwei Namens Winter und Ehlers, die jedenfalls wegen mangelnder Befähigung anderwärts nicht arbeiten können, und jetzt eine Ausbildung in dem gesperrten Betriebe für ganz angebracht halten. Am Sonntag den 14. Mai kamen noch zwei durch Verschreibung angeworbene Arbeitswillige an. Als am Montag den 15. Mai die übliche Untersuchung durch den Rassenarzt erfolgen sollte, machten wir diese beiden auf die Sperre aufmerksam. Aber alle Vorstellungen, sowie in Aussicht gestellte andere Stellen, fruchteten nicht. Sie feien auch organisiert, sagten sie, aber im Hirsch-Dunker'schen Gewerksverein, wußten auch ganz genau wie sie sich verhalten sollten, und brauchten keinen Rumour. In Begefall habe man ihnen böse mitgespielt, dort wären die Holzarbeiter-verbändler in überwiegender Mehrzahl, und man habe es ihnen fühlen lassen. Sie würden anfangen, und wenn die Stelle nicht den Erwartungen entspräche, hätten sie auch wieder auf; vorläufig bleibe es dabei. Unsere Bemühungen, den Obmann des Gewerksvereins zu bestimmen, auf seine Vereinsmitglieder einzuwirken, hatten keinen Erfolg. Der

Obmann meinte, daß den beiden keine Schuld beigemessen werden könnte, denn es hätte nichts von einer Sperre in ihrem Organ gestanden. Sie verlangten, wenn sie gehen sollten, einen gleichen Stundenlohn, und die Gewähr, daß ihnen von den organisierten Holzarbeitern nichts in Weg gelegt würde. Beides konnten wir ihnen in Aussicht stellen, jedoch reagierte man nicht darauf und wollte erst abwarten, was der Generalrat bestimme. Man hatte also selbst nicht den festen Willen zu gehen. Mögen sie denn bleiben und warten, bis der Zeitpunkt ihnen günstig erscheint, Berlin mit ihrem Arbeitsangebot zu beglücken.

In Cottbus ist der von den Pantinenmachern im vorigen Jahre mit den Unternehmern geschlossene Tarifvertrag auf vierteljährlicher Kündigung von letzterem zum 1. August d. J. gekündigt worden. Es bereiten sich nun Differenzen vor. Infolgedessen werden die Pantinenmacher allerorts ersucht, den Zugang nach hier strengstens zu meiden, da bereits einige Kollegen dieser Branche auf die Straße gesetzt worden sind.

In Falkenstein ist der Tischlermeister Otto Schneider der Meinung, daß der Mensch wohl arbeiten muß, aber keinen Lohn braucht, um sich und seine Familie zu ernähren. Dieserhalb kam es am Montag den 22. Mai zu Differenzen, welche damit endigten, daß alle vier Kollegen, darunter auch der Vertrauensmann, entlassen wurden. Diese Werkstätte ist deshalb gesperrt, und werden die Kollegen ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß sich keiner findet, der Herrn Schneider die Arbeit fertig macht. Mag jetzt Herr Schneider einmal selbst arbeiten. Bis auf den Vertrauensmann sind die Kollegen untergebracht.

In Finsterwalde haben sich in der Tischfabrik von Kurt Winkler nicht nur sämtliche organisierten, sondern auch ein Teil der nichtorganisierten Kollegen mit den 25 Ausgesperrten solidarisch erklärt, und legten deshalb weitere 21 Mann die Arbeit nieder. Herr Winkler ist nun eifrig auf der Suche nach Streikbrechern. Obwohl er das Doppelte des seither gezahlten Lohnes verspricht, hat er noch wenig Glück gehabt. Nur drei dieser nützlichen Elemente haben sich gefunden, nämlich ein Barbier, ein Lederarbeiter und ein Konditor. Was er mit diesen Menschen anfangen will, ist schwer zu begreifen, es soll aber auch unsere Sorge nicht sein. — Wir bitten, auch ferner den Zugang streng fernzuhalten.

In Gera beschäftigte sich eine außerordentliche Mitgliederversammlung, welche am 15. Mai abgehalten wurde und recht gut besucht war, mit der Frage, ob die Tischler Geras gewillt sind, eine Lohnforderung einzureichen. Der Vorsitzende, Kollege Werner, gab einen ausführlichen Bericht über die im allgemeinen recht traurige Lage der hiesigen Tischler. Eine ausgenommene Statistik zeigt uns, daß nicht selten Löhne von 10 bis 15 Mk. gezahlt werden, trotzdem bei der Lohnbewegung im Jahre 1897 ein Mindestlohn von 15 Mk. pro Woche festgesetzt worden ist. Wohl hat sich der Durchschnittslohn von 17 auf 18 Mk. erhöht, dieses ist aber lediglich darauf zurückzuführen, daß jetzt der Geschäftsgang ein äußerst günstiger ist, und die Unternehmer auf Grund dessen gezwungen sind, einen höheren Lohn zu zahlen. Von den in Betracht kommenden Bau- und Möbeltischlern stehen nur noch einige der Organisation fern; besonders erfreulich ist es aber, daß ältere Kollegen, die uns bisher fern geblieben haben, jetzt in Reih und Glied mit uns marschieren. In der Diskussion waren sämtliche Kollegen der Meinung, daß es die höchste Zeit sei, die Lage zu verbessern. Die Mehrzahl der hiesigen Tischler ist gezwungen, ihre Frauen zum Mitverdienen heranzuziehen, da es ihnen sonst nicht möglich ist, die Familie zu erhalten. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, folgende Forderungen aufzustellen: 6 1/2 stündige wöchentliche Arbeitszeit, Erhöhung des Stundenlohns um 5 Pf., einen Mindestlohn von 30 Pf. pro Stunde für Arbeiter unter 20 Jahren, für Arbeiter über 20 Jahren einen Stundenlohn von 35 Pf.; bei Akkordarbeit einen Aufschlag von 15 Prozent; bei Arbeiten, welche das erstmal angefertigt werden, Garantierung des Stundenlohns; bei Arbeit auf dem Bau einen Aufschlag von 5 Pf. pro Stunde, bei auswärtiger Arbeit bis fünf Kilometer eine Entschädigung von 1 Mk. pro Tag, über fünf Kilometer nach Vereinbarung, jedoch nicht unter 2 Mk. pro Tag; Arbeitschluss vor den drei hohen Festtagen um 4 Uhr ohne Lohnabzug; Freigabe des 1. Mai; die Lohnzahlung hat vor Schluss der Arbeitszeit zu erfolgen; Anerkennung des Arbeitsnachweises; die getroffenen Vereinbarungen sollen zu jedermanns Ansicht ausgehängt werden. Diese Forderungen wurden am 19. Mai den Unternehmern eingereicht und ihnen acht Tage Frist zur Antwort gelassen. Für den Fall, daß die Unternehmer kein Entgegenkommen zeigen sollten, wurde die Lohnkommission beauftragt, die Kündigung für sämtliche Kollegen einzureichen. Sollten die hiesigen Holzarbeiter in einen Kampf gezogen werden, so ist es Pflicht aller, tapfer auszuhalten, denn nur durch Einigkeit gelangt man zum Ziele. Die reisenden Kollegen bitten wir, bis auf weiteres Gera zu meiden.

In Heidelberg befinden sich die Kollegen in der Würstchenfabrik von G. Mahler immer noch im Ausstand. Die Firma sucht zwar in der Zeitschrift für Würstchen- und Pöfelindustrie tüchtige Bohrer, Fräser und Dreher bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung, bis jetzt aber ohne Erfolg. Einstweilen sucht sie ihren Betrieb mit ungelerten Leuten aufrecht zu erhalten. Dabei hat sie aber anscheinend auch kein besonderes Glück; denn gleich in der ersten Woche unseres Ausstandes büßte einer dieser ungelerten Leute seinen linken Zeigfinger an der Fräsmaschine ein. Galten die Kollegen den Zugang fern, so dürfte auch hier ein Sieg in Kürze zu verzeichnen sein.

In Landshut und Adorf sind die Schreiner in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat gemeinsam mit den Christlichen am 28. Mai den Unternehmern die Forderungen zugestellt. Die wichtigsten derselben sind: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, und die Festsetzung eines Minimallohnes von 15 Mk. für junge Arbeiter nach beendeter Lehrzeit; der Lohn der älteren Kollegen soll 3,50 Mk. pro Tag betragen. Es wird gebeten, den Zugang vorläufig fernzuhalten.

In Langenlza ist durch Versammlungsbeschluss vom 20. Mai über die Bau- und Möbeltischlereien von Friedrich Mochkau und Wilhelm Scharfenberg die Sperre verhängt worden. Der Grund hierzu, welcher auf beide Firmen zutrifft, ist fortgesetzte Lohnrückerei; die Kollegen

werden ohne Bezahlung des verdienten Lohnes entlassen, so daß sie gezwungen sind, erst das Gericht in Anspruch zu nehmen. Die Behandlung der Kollegen ist sehr schlecht und werden dieselben auf alle Art und Weise schikaniert. Wir bitten deshalb, den Zugang von diesen beiden Wüden fernzuhalten.

In München ist durch die Aussperrung in der Metallindustrie auch der Deutsche Holzarbeiterverband in Mitleidenschaft gezogen, obwohl weder von Seiten der Modellschreiner noch von den Schreimern in der Waggonfabrik Forderungen gestellt wurden. Die Firma Landes warf am 29. April sämtliche fünf Modellschreiner zugleich mit einer Anzahl Metallarbeiter auf das Pflaster. Bei der Firma Kraus hat sich die Sache durch den Arbeiterausschuss etwas schlichten lassen, und die Firma arbeitet mit ihren Leuten weiter. Bei der Firma Maffei sind insgesamt bis jetzt drei Modellschreiner, ein Drechsler, drei Fabriksschreiner und ein Hilfsarbeiter ausgesperrt. Es sind zwar immer noch vier Organisierte in dieser Werkstätte beschäftigt, die aber wahrscheinlich auch noch herausfliegen. Bei der Firma Ratgeber liegt die Sache für uns etwas gefährlicher, denn hier kommen zirka 150 Schreiner in Betracht, davon liegen zurzeit 86 auf dem Pflaster. Mit der Unterbringung von den Modellschreimern hat es aber seinen Haken, denn wir versuchten bei einer andern Firma einen Kollegen unterzubringen, da dort das Bedürfnis nach Leuten vorhanden war, erhielten aber den Bescheid, daß kein Ausgesperrter eingestellt werden darf. Somit ist der Beweis erbracht, daß die sogenannten schwarzen Listen ihre Wirkung ausüben. Die Unternehmer fürchten, daß sie ihre besten Kräfte verlieren könnten, hoffen aber durch die Aussperrung die Organisation zu sprengen. Aber letzteres haben die Herren bis jetzt nirgends fertig gebracht, so wird es auch hier sein. Die Modellschreiner Münchens appellieren an die Kollegen Deutschlands, daß sie nun München bis auf weiteres meiden, denn es kommen hier fast lauter verheiratete Kollegen in Betracht.

Die Wagner sind am 22. Mai in den Ausstand getreten. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

In Neumünster haben die durch die einmütige Arbeitsniederlegung ins Gedränge gekommenen Tischlermeister die Vertretung ihrer Sache dem Arbeitgeberverband übergeben. Dessen Vorsitzender wandte sich schriftlich an unsern Gauvorsitzer Köhse zum Zweck der Einleitung von Verhandlungen. Bis zur Stunde haben noch keine Verhandlungen stattgefunden, und dürften solche bei unserm energischen Festhalten an der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit wohl einstweilen ohne Erfolg verlaufen. Bewilligt hat bisher nur ein Möbelfabrikant. Während die Unternehmer in der ersten Hälfte der verfloffenen Streikdauer auf jeden Ersatz ihrer abgegangenen Arbeiter verzichteten mußten, haben sie sich nun eine Quelle im Osten Deutschlands erschlossen. Der erste Schub kam, vermutlich aus Marienburg, über Berlin. Der zweite aus der Berliner Gegend. Meister Becker von hier hat dort in drei Tagen ganze neun Mann zusammengezammelt, welche bei ihrer Ankunft hier von den Meistern auf vier Betriebe brüderlich verteilt wurden und zwar auf Werkstätten, welche sonst insgesamt annähernd 70 Kollegen beschäftigten. Nachdem noch ein Nachschub von fünf Arbeitswilligen ankam, haben wir jetzt 19 dieser Kleinodien hier am Orte. Mit welcher Nachsicht diese Herren behandelt werden, beweist zur Genüge, daß einer unserer Fabrikanten, ein Reserveoffizier, mit ihnen in geschlossener Droschke zur Arbeitsstätte fuhr. Sie sind in den Werkstätten einquartiert und erhalten auch Essen in denselben. Sie werden sogar mit Bier und Zigarren traktiert. Den in den betreffenden Geschäften mitbeschäftigten Zimmerern und anderen Arbeitern, Kutschern usw. ist bei Strafe der Entlassung verboten, mit den Arbeitswilligen in Berührung zu kommen; man darf daraus schließen, daß unsere Unternehmer sehr um diese Herren besorgt sind. Wir möchten also dringend um Fernhaltung des Zuganges ersuchen.

In Nürnberg haben die Korbmacher der Firma Ferd. Althoff schon seit längeren Jahren, obwohl die Preise für verschiedene Körbe besser waren als heute, sich über die miserablen Lohnverhältnisse zu beklagen. Sie legten deshalb der Firma einen neuen Lohnvertrag vor und verlangten durchschnittlich 20 bis 25 Prozent Lohnerhöhung. Herr Althoff versetzte die Kollegen damit, daß er ihnen versprach, am Samstag Bescheid zu geben. Der Bescheid bestand dann in der Aushändigung der Invalidenkarte und des Zeugnisses. Herr Althoff reiste diese Woche nach Coburg und Umgebung, um vielleicht die dortigen Kollegen als Streikbrecher oder als Aushelfer zu bekommen. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, überall den Zugang nach Nürnberg streng fernzuhalten und den Kollegen, welche am 27. Mai in den Streik eingetreten sind, um bessere Verhältnisse zu erringen, nicht in den Rücken zu fallen. Herr Althoff erklärt, er lasse sich alle Arbeiten auswärts machen, und bitten wir deshalb namentlich die Kollegen in Nürnberg, Coburg und Umgebung, Arbeit nach Nürnberg zu verweigern.

In der Maschinenbaugesellschaft normals Kramer-Klett legten am 21. Mai zirka 1400 Arbeiter die Arbeit nieder. Darunter befinden sich ungefähr 400 Holzarbeiter. Die Forderungen der Arbeiter sind sehr minimale. Sie verlangen 5 1/2 stündige Arbeitszeit und 10 Prozent Lohnhöhung, sowie entsprechende Erhöhung der Akkordpreise. Bisher wurde 59 1/2 Stunden gearbeitet. Die Direktion wollte 58 Stunden und 3 bis 6 Prozent Lohnhöhung bewilligen. Wegen dieser geringfügigen Differenz läßt diese Werkfirma ihre Arbeiter in den Streik treten. Die Stimmung unter den Streikenden ist ausgezeichnet, und im Vertrauen auf ihre gerechte Sache hoffen dieselben den Sieg zu erringen.

In Nabenau ist der Streik der Tischler auf photographische Apparate bei der Firma Kolbe & Schulze aufgehoben worden, da es den Unternehmern gelungen ist, im Verein mit dem Streikbrecher Petschke aus Aufsig eine Anzahl Arbeitswillige aus Böhmen und dem Erzgebirge heranzulocken, was auch kein Wunder ist, da nur acht Mann in Frage kamen und im Vergleich mit den Böhnen im Erzgebirge das Arbeitsangebot verlockend wirkte. Es sind dies alles uneingetretene Leute; großen Profit wird daher die Firma von ihnen nicht haben, wenn sie den vorher versprochenen Lohn, und zwar 24 bis 25 Mk. die Woche, zahlt, während bei den alten eingearbeiteten Leuten, welche im Akkord arbeiteten, der Höchstverdienst etwas über 28 Mk., der niedrigste 18 Mk. betrug, so daß ein Durchschnittsverdienst von etwas über 28 Mk. die Woche herauskam. Jetzt wird

num von fetten der Unternehmer herumposaunt, sie hätten die Forderungen der Streikenden bewilligt, was aber nur bei dem Stundenlohn zutrifft, während die Akkordpreise, worauf es ankam, nicht bewilligt wurden. Die Geschäftsinhaber versuchen nun die Arbeitswilligen zu überreden, ihre Familien hierher kommen zu lassen, was auch schon einige getan haben, um sie dann besser an den Betrieb fesseln zu können. — Es ist beschlossen worden, über den Betrieb die Sperre zu verhängen. Zugang von Tischlern auf photographische Apparate sowie von Maschinenarbeitern ist streng fernzuhalten.

In Schweden steht eine allgemeine Aussperrung sämtlicher organisierter, etwa 20000, Arbeiter der Eisen- und Metallindustrie bevor, die, wenn diese Zeilen in die Hände der Leser gelangen, wahrscheinlich schon zur Tat geworden ist. Der Beginn der Bewegung resultiert aus den Bemühungen der Modelltischler in Stockholm, die einen festen Minimallohn verlangten, welches die Unternehmer scharf ablehnten mit der Motivierung, daß ein Beschluß der Unternehmerorganisation vom Mai 1903 die Einführung von garantierten Minimallohnen bei Akkordarbeit verbietet. Ein kurzweiliger Beschluß übrigens, der in striktem Widerspruch mit dem korporativen Abkommen zwischen der Unternehmerorganisation und den Organisationen der in Betracht kommenden Arbeiter vom November desselben Jahres steht. Die Bewegung erfaßte daher, als dies bekannt wurde, bald die Metallarbeiter des ganzen Landes, worauf die Unternehmerorganisationen jetzt mit einer allgemeinen Aussperrung für die gesamte Eisen- und Metallindustrie antworten wollen. Brutaler und gleichzeitig hinterlistiger kann das Unternehmertum in der Tat nicht vorgehen.

In Wien findet seit Beendigung der Aussperrung der Neunstundentag immer mehr Boden. Wohl befinden sich die Arbeiter der Firma Friedrich Otto Schmidt, da ihnen zugemutet wurde, neben Streikbrechern zu arbeiten, derzeit noch im Ausstand, dem sich auch die über 200 Arbeiter der Budapester Fabrik angeschlossen haben. Es bleibt daher diese Fabrik für Zugang von Tischlern und Tapezierern bis auf weiteres gesperrt. Konstatieren müssen wir, daß mit Ausnahme der drei Fabriken: Protos & Fig, Wenzel Müller und Bernhard Ludwig keine Streikbrecher mehr beschäftigt werden. Von den außerhalb der Vereinigung der Wiener Tischlermeister stehenden Betrieben haben seit der Aufnahme der Aussperrung bis vorige Woche 33 Unternehmer mit zusammen 319 Arbeitern den neunstündigen Arbeitstag eingeführt. Neben der Verkürzung der Arbeitszeit wurden in vielen Werkstätten auch Lohnaufbesserungen teils freiwillig, teils auf Aufforderung der Gehilfen gewährt.

Was jedoch das Bedeutsamste an der siegreichen Beendigung der Aussperrung ist, das ist der unverkennbare Erfolg, den dieser Kampf für die Organisation hat. Es hat den Anschein, als ob selbst der letzte indifferente Kollege aufgerüttelt worden wäre und nunmehr endlich den Weg in den Verband gefunden hätte. Der bekannte Beschluß, „nur mit solchen Kollegen zu arbeiten, die mindestens drei Monate dem Verband angehören und ebenso lange ihre Beiträge an den Widerstandsfonds der Wiener Tischler gezahlt haben“, der vor der Aussperrung nur für die besseren Betriebe Geltung hatte, erstreckt sich derzeit schon auf die meisten organisierten Tischlerwerkstätten Wiens. Dieses, sowie die Kampfeslust der Kollegen und ihr Vertrauen in ihre Vereinigung trägt zur Förderung und Ausbreitung der Organisation nicht nur in Wien, sondern auch in der Provinz sehr viel bei.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Einem die wir für die Verantwortlichkeit der „Arbeitsgeber-Zeitung“ hier die Oberaufsicht über das Organ in seiner Nr. 21. Es zitiert dort unter der Überschrift: „Ein Beweis für den Wohlstand der Holzarbeiter“ eine Tabelle aus der Aprilnummer des „Reichsarbeitsblattes“, die der Redakteur in seinem Eifer, dem verhassten Holzarbeiterverband ein auszuweichen, anscheinend gar nicht näher angesehen hat. Das „Reichsarbeitsblatt“ hat in der zitierten Tabelle diejenigen Verbände mit ihrem Mitglieder- und Vermögensstand aufgeführt, welche die Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt haben, und gleichzeitig die Unterstützungsbedingungen und Unterstützungsleistungen dieser Verbände angegeben. In einer Fußnote werden die für „Christliche Gewerkschaft“ und „Selbständiger Verein“ gewählten Abkürzungen erklärt und angegeben, daß diejenigen, bei welchen eine Angabe fehlt, der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen sind.

Die „Arbeitsgeber-Zeitung“ beschränkt sich auf den Ausdruck der Mitgliederzahl und des Vermögensstandes pro 1903 dieser 23 Verbände, von welchen 15 der Generalkommission angeschlossen sind, und fügt hinzu: „Die übrigen Verbände sind der Generalkommission angeschlossen, stehen also unter sozialdemokratischer Leitung.“ Eine Bemerkung, die in diesem Zusammenhang vollständig sinnlos ist. Dann heißt es weiter: „Fast die Hälfte des Vermögens obiger Verbände entfällt mit rund 1350000 Mark auf den Deutschen Holzarbeiterverband, was sicher den Schluss im allgemeinen zuläßt, daß die Holzarbeiter angemessen entlohnt werden, da sie sonst so viele Opfer für ihre Organisation nicht hätten bringen können, Opfer, von welchen sie in der Regel nichts mehr zu sehen bekommen.“

Hätte der Stenograph der „Arbeitsgeber-Zeitung“ die von ihm abgedruckten Zahlen nur ein klein wenig angesehen, dann hätte er finden müssen, daß gerade der Holzarbeiterverband ein sehr ungeeignetes Objekt für seine „geistreiche“ Bemerkung ist, denn er hat unter den in der Tabelle aufgeführten Verbänden, auf den Kopf des Mitglieders gerechnet, ziemlich den kleinsten Vermögensstand.

Auf den sonstigen Inhalt der Notiz einzugehen lohnt nicht der Mühe; nur eine Bitte möchten wir an die Hintermänner der „Arbeitsgeber-Zeitung“ richten. Wenn sie es schon als ihre Aufgabe betrachten, den Holzarbeiterverband

zu bekämpfen, dann sollten sie es doch ein wenig schlauer anfangen, denn dieser Streich war doch gar zu dumm.

Zur Lage des Arbeitsmarktes in der Holzindustrie berichtet das Reichsarbeitsblatt, daß im Monat April die Sägewerke mit der Herstellung von Bauhölzern flott beschäftigt waren. Die Fabrik- und Ristenfabrikation wies ebenfalls rege Tätigkeit auf. Die Waggonfabriken waren durchgehends voll beschäftigt und in der Möbelindustrie setzte sich die Belebung der Arbeitstätigkeit, die im Monat März gemeldet wurde, auch im April fort. Arbeitskräfte waren, wie das Reichsarbeitsblatt behauptet, in Berlin knapp, insbesondere Tischlergesellen und Polierer. Die Richtigkeit dieser Angabe möchten wir bezweifeln, denn nach den von unserer Verbandszahlstelle gemachten Aufzeichnungen haben sich im Monat April, abgesehen von den Streikenden, 1497 Kollegen arbeitslos gemeldet. Am 30. April waren noch 686 Arbeitslose vorhanden und 529 Kollegen haben im Monat April Arbeitslosenunterstützung erhalten, waren also länger als eine Woche arbeitslos. An Arbeitslosenunterstützung wurde in diesem Monat 10640 Mk. für 6029 Tage gezahlt, durchschnittlich erhielt also jeder Arbeitslose für mehr als 11 Tage Unterstützung, was eine Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 18 Tagen bedeutet. Angesichts dieser Zahlen wird wohl die Angabe, daß Tischler und Polierer in Berlin knapp waren, kaum aufrecht erhalten werden können. Eher dürfte die weitere Mitteilung zutreffen, daß eine Änderung der Lohnverhältnisse nicht eingetreten sei.

Die Sächsische Holzwarenfabrik Max Böhme in Dippoldiswalde wurde unter Mitwirkung der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt, Abteilung Dresden, in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 600000 Mk. umgewandelt, wovon 388000 Mk. bar eingezahlt sind, während der Dippoldiswalder Betrieb mit 212000 Mk. eingebracht wird. Dem Vorstand gehören die Herren Böhme und Lehmann an, dem Aufsichtsrat die Herren Rechtsanwalt Dr. Felix Bondi, Bankdirektor Fritz Günther und Konsul Charles W. Palmis, sämtlich in Dresden, sowie Konsul Dr. Julius Caspar in Hannover.

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1904.

In Nr. 10 des Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wird eine Übersicht über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1904 gegeben. Wir stellen daraus folgende Tabelle zusammen, welche die hauptsächlichsten Mitgliederzahlen und Kennzeichen der christlichen Gewerkschaften in jenem Zeitraum wiedergibt:

Gewerkschaften	Mitgliederzahl		+ Zunahme - Abnahme	Rassenbestand am Jahreschluß	
	im Jahresdurchschnitt 1903	31. Dezember 1904		1903	1904
Bergarbeiter	40831	44860	+ 8519	247768	271102
Textilarbeiter	18616	19908	+ 3352	85761	124717
Bauhilfswerber	5498	14021	+ 8523	22948	38817
Metallarbeiter	6586	12138	+ 6600	42650	81528
Holzarbeiter	4486	7012	+ 2546	21727	33926
Wasser- u. Transportarbeiter	2851	6822	+ 2281	10831	13879
Leinwandarbeiterinnen	1906	2944	+ 1038	5048	7687
Leinwand- u. Zigarenarbeiter	1677	2281	+ 654	1261	2526
Schuh- u. Lederarbeiter	1410	1848	+ 438	2293	3598
Schneider	888	1780	+ 942	3060	4307
Regler	1878	1474	- 394	—	208
Chemische Arbeiter	800	1581	+ 781	1873	1545
Maler u. Anstreicher	680	1250	+ 570	273	932
Friseur	600	689	+ 89	4873	2274
Krankeupflege	190	419	+ 229	99	386
Graphisches Gewerbe	—	880	+ 880	—	1080
Bäcker	160	287	+ 127	—	—
Wasser- u. Zigarbeiter	505	—	—	3200	—
Uhrmacher	394	—	—	1051	—
Metallarbeiter (Südb.)	110	—	—	1147	—
Wagnerisches Kartell	1050	—	—	—	—
Arbeiterchutz Freiburg	281	—	—	—	—
Metallarbeiter Siegen	8000	—	—	—	—
Summa	81440	118917	+ 27477	465969	690373

Danach hatten die christlichen Gewerkschaften am Schluß des Jahres 1904 118917 Mitglieder gegen 91440 im Jahresdurchschnitt 1903, sie vermehrten in diesem Zeitraum, also gewissermaßen in 1/3 Jahren (für den Jahreschluß 1903 sind Mitgliederzahlen nicht zu ermitteln) ihre Mitgliederzahl demnach um 27477, das heißt um 30,4 Prozent. Im allgemeinen bietet diese Entwicklung der Mitgliederentwicklung der christlichen Gewerkschaften für diese selbst kein ungünstiges Bild, ebenfalls die der Rassenverhältnisse, die sich aus der Vermehrung des verfügbaren Fonds von 455 969 Mk. auf 690 373 Mk. ergibt. Eine eingehende Würdigung der christlichen Gewerkschaftsstatistik behalten wir uns noch vor.

Die Scharfmacher im Schneidergewerbe haben den kühnen Plan gefaßt, die Organisation ihrer Gehilfen zu vernichten und inszenieren zu dem Zwecke eine große Aussperrung, welche, wenn sie vollendet ist, sich über etwa 65 Städte erstrecken soll, in denen der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe Mitglieder hat. Den Anlaß zu dem Streich gaben die Streiks der Schneider in Leipzig und Gießen. Einige der bestreikten Firmen versuchten in anderen Städten ihre Arbeit fertig machen zu lassen; da sich die Arbeiter weigerten, Streikarbeit zu machen, kam es in einigen weiteren Städten zum Ausfall. Nun hatten die Scharfmacher den Vorwand zur Ausführung des lang geplanten Streichs. In einer am 14. Mai in Leipzig abgehaltenen Konferenz beschloß der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, den Arbeitern in allen Städten, in welchen er Zweigvereine besitzt, einen Revers vorzulegen, durch welchen sie sich unterschreiben verpflichten sollten, auf Verlangen Streikarbeit zu machen. Natürlich wurde dieses unverschämte Verlangen überall gebührend zurückgewiesen. Die Folge war die Aussperrung, und dürften zur Zeit etwa 4000 bis 5000 Schneider in verschiedenen Teilen des Reichs ausgesperrt sein. Das Ende dieses Kampfes, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist, ist augenblicklich noch nicht abzusehen; doch läßt sich das eine mit Gewißheit aussprechen, die Hoffnung der Scharfmacher, den Schneiderverband zu vernichten, wird elend zuschanden werden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

In der Gesellenlade in Festsberg. Es wird uns geschrieben:

Am der Lade, einem Überbleibsel aus der guten alten Zeit, versammeln sich allvierteljährlich eine Anzahl Tischlergesellen von Festsberg. Der Hauptzweck dieser Vereinigung ist gleichzeitig Selbstzweck. Bei jeder Quartalszusammenkunft wird ganz gehörrig geschmort. Von den allmonatlich zu entrichtenden Beiträgen werden diese Ausgaben bestritten. Der Altgeselle eröffnet und schließt die Versammlung. Sobald die Worte gesprochen: „Die Lade ist geschlossen“, wird als Einleitung der beginnenden Zecherei das Lied gegrölt: „Seid lustig und fröhlich, ihr Handwerker-Gesellen“. Jeder Leser dieser Zeilen, dem dieses Lied bekannt ist, hat sofort selbst ein Urteil von der geistigen Beschaffenheit der dieser Vereinigung angehörenden Tischlergesellen. Ganz besonders wird gebrüllt, wenn sie bei folgendem Verse angelangt sind: „Der Reiche lebt glücklich in seinem Palaste, der Arme zufrühen in seinem Moraste; nicht Reichtum macht glücklich, nur Zufriedenheit macht reich; wir alle sind Brüder, wir alle sind reich.“ Am 9. Januar tagte wieder eine derartige Ladenversammlung. Kollegen Materne aus DS und Gauvorsteher Dietrich aus Breslau wurde gestattet, beizuwohnen. Hierbei ließ Dietrich sich die Gelegenheit nicht entgehen, den diesem Verein Angehörigen gründlich klar zu machen, daß diese Vereinigung längst veraltet und verrotten, — die höchste Zeit sei, einer Organisation auf moderner Grundlage, dem Deutschen Holzarbeiterverband, Platz zu machen. Mit den Ausführungen waren alle Anwesenden, bis auf wenige Ausnahmen (es hat auch einige Meisteröhne dabei), einverstanden. Die Polizeibehörde erhielt Kunde hiervon und erblückte eine Übertretung des § 1 des preussischen Vereinsgesetzes dadurch, daß Dietrich in einer unangemeldeten Versammlung gesprochen, auch öffentliche Angelegenheiten hierbei berührt habe. Ein Strafmandat in Höhe von 30 Mk. sollte die Freveltat sühnen. Hiergegen legte Dietrich Berufung ein. Im Verhandlungstermin am 16. März vor dem Amtsgericht Festsberg schloß sich das Gericht der Ansicht Dietrichs, sich einer Übertretung nicht schuldig gemacht zu haben, nicht an. Im Gegenteil, Dietrich wurde noch zu einer höheren Strafe, zu 60 Mk. Geldstrafe, verurteilt. Straferhöhung auf Grund des § 152 der Reichsgewerbeordnung.

Am 3. Mai stand diese Sache zur nochmaligen Verhandlung vor dem Landgericht DS. Die Verteidigung war Herrn Rechtsanwalt Simon-Breslau übertragen, welcher Freisprechung beantragte. Entschieden sei der Ansicht des Vorderrichters zu entgegnen, daß § 152 der Reichsgewerbeordnung nicht als strafverjährbar in Betracht gezogen werden dürfe, sondern als strafmildernd, da dieser Paragraph ausdrücklich das gestatte, was Dietrich in seiner damaligen Rede ausgeführt hat. Der Staatsanwalt beantragte dieselbe Strafe der vorhergegangenen Entscheidung. Die Strafkammer sprach jedoch Dietrich frei, da nicht genügend Beweismaterial vorhanden, um eine Verurteilung herbeizuführen. Die entstandenen Kosten wurden der Staatskasse aufgelegt.

Berufsverklärung macht schadenerspflichtig. Vor dem Altonaer Amtsgericht hatte ein Arbeiter den Vorstand des Arbeitsnachweises des Arbeitgeberverbandes auf Schadenersatz verklagt, weil ihm die Ausstellung einer Arbeitskarte verweigert und dadurch die Erlangung von Arbeit unmöglich gemacht worden war. Das Amtsgericht hat der Klage entsprochen. Als Grund für die Verweigerung der Arbeitskarte hatte der Beklagte angeführt, daß Kläger einmal Streikposten gestanden habe. Das Gericht hat diesen Grund für ganz ungenügend erklärt, um die Untergrabung der Existenz des Arbeiters zu rechtfertigen, sei doch das Streikpostenstehen eine gesetzlich erlaubte Handlung. — Dies Urteil ist von größter Bedeutung. Hoffentlich findet der Altonaer Arbeiter mit seinem Vorgehen gegen den Arbeitsnachweis Nachahmung.

Einwurf.

An die Stroharbeiter! Die Anmeldungen zur Konferenz sind bis jetzt sehr spärlich eingelaufen, wir bitten daher, dieselben zu beschleunigen. Etwas Wünsche bezüglich Wohnung, den Namen des Wohnhofs, sowie die Zeit ihrer Ankunft behufs Empfang bitten wir die Delegierten umgehend an die Adresse des Unterzeichneten mitzuteilen.

Die Konferenz findet statt am Sonntag den 11. Juni, vormittags 9 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelfufer 15; die Ausstellung befindet sich im Saal 7. Etwa vorhandene Tarife bitten wir in je zwei Exemplaren einzuwenden zu wollen. Zu reger Beteiligung ladet ein Die Kommission der Stroharbeiter Berlins.

S. A.: S. Sübner, N 28, Swinemünderstr. 84, St. H.

Zur Lage der Holzarbeiter in der Nähmaschinenindustrie.

Von unseren Kollegen in der Nähmaschinenbranche hat man, von der Erwähnung in einem Jahresbericht der Zahlstelle Bielefeld abgesehen, kaum etwas in unserem Verbandsorgan zu hören bekommen. Sind nun die Lohn- und Arbeitsverhältnisse derartiger, daß nichts mehr zu wünschen übrig bleibt?

Die Lage der deutschen Nähmaschinenindustrie, ihr Export, ihre Stellung auf dem Weltmarkt wird ja allgemein als eine blühende bezeichnet. Je blühender nun eine Industrie ist, desto eher läßt sich vermuten, daß die Lage ihrer Arbeiter eine sehr verbesserungsbedürftig sein muß. Die deutsche Nähmaschinenindustrie ist eine Sumpfpflanze aus der Grünzeit der 70er Jahre. Von vornherein gleich alle technischen Vorteile des Maschinenbetriebs ausnützend, ist die Teilarbeit gleichzeitig bis ins äußerste durchgeführt worden. So hat man es verstanden, sich einen sogenannten Stamm von Arbeitern heranzubilden, der gezwungen ist, sein Leben in der Fabrik zu verbringen, ohne imstande zu sein, der Ausnützung und Ausbeutung wirksam entgegenzutreten zu können. Der gelehrte Tischler wurde bald überflüssig, und so findet man heute Arbeiter, welche die verschiedensten Berufe erlernt hatten, Bäcker, Schuster, Schneider u. a. m., als Holzarbeiter in der Nähmaschinenbranche tätig. Daß unter diesen Arbeitern die Agitation ungemein schwierig ist, läßt sich nicht verkennen. Es haben sich deshalb auch Überstände herausgebildet wie

kaum in einer anderen Branche unseres Berufs. Wo andere Arbeiter bestrebt sind, bessere Lohn und Arbeitsbedingungen zu erringen, ist hier das Ideal einer ganzen Anzahl Kollegen, einmal den Posten eines Schuhriegels- oder Wzemeisters zu erreichen, der vielfach dem zufällt, der am meisten korbuckeln und seine Mitkollegen anschwärzen kann. Daß es unter diesen Umständen den Unternehmern sehr leicht gemacht ist, Lohnföhrungen durchzuführen, ohne großen Widerstand zu finden, ist leicht erklärlich.

Ein besonders ungünstiger Umstand für die Arbeiter ist es noch, daß die meisten Fabrikbesitzer oder vielmehr die Direktoren oder Geschäftsführer der Aktiengesellschaften keine persönlichen praktischen Kenntnisse der Tischlerei besitzen, und somit der betreffende Meister ein ganz selbstherrliches Regiment führen kann. Auch in gesundheitlicher Beziehung ist in den Nähmaschinenfabriken sehr viel zu bemängeln. Man erkennt schon von außen an den vollgestaubten Fenstern, daß eine Knochenmühle für die Arbeiter sich dahinter verbirgt. So wird denn auch wohl die Zahl der Lungenkranken in kaum einer anderen Branche unseres Berufs so stark vertreten sein als bei den Nähmaschinenschlechtern. Doch was fragt eine blühende Industrie nach dem Verbrauch von Menschenfleisch!

Daß nun dieser Zustand aber eines Tages der Industrie selbst gefährlich werden kann im Unternehmerrinn, das scheint den Fabrikanten oder vielmehr Aktionären noch nicht einzuleuchten. Eine Industrie, welche ein allzu leicht ausbeutungsfähiges Industrie proletariat hat, läuft leicht Gefahr, technische Vervollkommnungen zu vernachlässigen. Diese Gefahr scheint auch der deutschen Maschinenindustrie zu drohen, und zwar äußert sie sich in der Konkurrenz der amerikanischen Singerkompagnie, die man durch hohe Schutzzölle beseitigen möchte. Daneben wird durch den Zusammenschluß der Fabrikanten und Händler zu einer Vereinigung, welche die nötige Bekanntschaft betreibt, versucht, der Amerikaner wieder Herr zu werden. Der Appell an den deutschen Patriotismus — man sucht sich ja das dümmste Mittel zuerst aus — soll dies Wunderwerk vollbringen. Daß es hierbei vorkommen kann, daß der Vorsitzende einer Handelskammer sich mächtig für die patriotische deutsche Nähmaschine ins Zeug legt, seine Nähmaschinen aber verpflichtet, nur mit amerikanischen Singer-Nähmaschinen zu arbeiten, sei als Symptom nur nebenbei erwähnt. Für unsere Organisation ist also in dieser Branche noch ein reiches Tätigkeitsfeld offen. Bei der gegenwärtig grafsierenden Konferenzsucht könnte der Anschein erweckt werden, als sollte durch diese Zeiten die Einberufung einer Konferenz angeregt werden. Das ist jedoch nicht der Fall, denn eine Konferenz könnte uns nichts nützen. Was an Agitation geleistet werden muß, soll sie erfolgreich sein, kann nur seitens der Kollegen selbst geschehen, wobei allerdings von unserem Hauptvorstand erwartet wird, daß er ebenso wie den Angehörigen anderer Branchen auch unseren Kollegen in der Nähmaschinenindustrie tatkräftig zur Seite steht. Vor allem heißt es aber, sich einmal selbst zu rühren. Schreiben eure Fabrikanten nach hohen Schutzzöllen, eure Aktionäre nach hohen Dividenden, so schreit euer Glend auch einmal in die Welt hinaus. H. F.

Briefkasten.

Wegen Raummangel mußten mehrere Einsendungen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. 3 in Hamburg).

Überschüsse sandten ein in der Zeit 5. bis 25. Mai: Berlin G 1000 Mk., Nizdorf 800, Breslau 657,50, Richtenberg 600, Berlin E 500, Berlin B, Berlin C, Dresden A, die 400, Zeitz, Söln I, Siegburg, Altenburg, Hagen je 300, Rabenau, Hamburg IV, Bückau je 250, Gotha, Bockenheim, Wurzen, Etllingen, Sellahausen, Reinickendorf, Gimmendingen, Bamberg, Magdeburg, Leipzig I, Uzenau, Nowawes, Neu-Müppin, Erlangen, Erfurt, Effen, Heidelberg, Spandau je 200, Niedermehren 180, Neustadt b. L. 175, Friedrichsroda 168,15, Soden, Neuschnefeld, Schwarzja, Döbeln, Kaiserlautern; Volkstätt, Drantenburg, Pfaffenwiesbach, Schmiedefeld, Düsseldorf, Bieleburg, Trebbin, Friesenheim, Leipzig III je 150, Zehoe 140, Elmstein 130, Jugenheim, Speyer, Mülln, Ratingen, Konstantz, Wolfenbüttel, Gonsenheim, Jangenberg, Grabow, Hermülben, Rudolstadt, Hildorf, Weiburg, Nuih, Dhlau, Bierfen, Friedenau, Nieder-Glenbach je 100, Plaue 90, Oberdöringen 85, Arzheim, Sannsdorf, Ziegelhausen je 80, Zellbach, Löhnig je 70, Waldheim 75, Botnang, Unterböh, Sonneberg, Gainschen, Gamethal, Alsbach je 50, Dörschwig 40, Herford 20, Müstiz 13,80. Summa 16804,45 Mk.

Zuschüsse erhielten: Stuttgart 400 Mk., Neustadt a. S. 200, Weipen, Eiterhagen, Wehringhausen, Bunsau, Oggersheim, Gohmannsdorf, Bruchsal je 150, Münster, Zwersgohfen, Gessenheim, Bredow, Beitenhausen, Oberab, Drüffel, Wolfzanger, Heidenheim, Tillingen, Neuenbürg, Berchtesgaden, Bidingen, Rorheim, Mombach, Rheydt, Weiersheim je 100, Stadtlm, Cottia je 80, Neuhausen, Wunstorf je 60, Dörnberg 50. Summa 3680 Mk.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde gezahlt 1557,72 Mk. A. Suck, Hauptkassierer.

Sterbekasse für Frauen

von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler zc. (E. S. 3 in Hamburg).

Dieserjenige Ortsverwaltungen, von welchen uns die Unterschriften der Mitglieder bezüglich Anerkennung der ab 1. Januar 1905 gültigen „Sagung“ noch gänzlich oder teilweise fehlen, werden um unverzügliche Einholung und Einreichung derselben dringend ersucht, da ein Schreiben des Kaiserl. Luftschuttsamtes für Privatversicherung vom 15. Mai uns ebenfalls zur schleunigen Einreichung derselben verpflichtet.

Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß Mitglieder, welche sich mit der neuen „Sagung“ nicht einverstanden erklären können, und demzufolge ihre Unterschrift nicht geleistet haben, von uns als freiwillig ausgeschieden betrachtet werden müssen. Der Vorstand.

Berichtungs-Anzeiger.

Briefen. Die Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Sonntag nach dem 15. im Monat statt bei C. Marx im „Mittelgärtchen“. Die Mitglieder sind zu recht zahlreichem Besuch eingeladen. Hierfür. Die Mitgliederversammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat bei Schwirtz Heintel, Ginterestraße, statt.

Anzeigen.

Reinold. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei S. Gellerich, Gornischstraße 11. Die Kollegen werden dringend ersucht, das Umschauen zu unterlassen. Briefen. Bevollmächtigter Mich. Werner, Ginterestraße 21. Kassierer Gust. Bengsch, Mittelstraße 16. Sekretär zahlst die Briefunterführung aus. Mittags von 12-1 Uhr und abends von 6 1/4-7 1/4 Uhr. Das Verkehrslokal befindet sich bei C. Marx, „Mittelgärtchen“. Die Herberge bei Heinrich, Nischstraße 28. Mainz, Verkehrslokal Brauhaus zum Gutenberg, Franziskanergasse. Briefunterführung zahlst Jakob Schiele, Klosterhölzl, Brand 17. Minden (Westfalen). Der Arbeitsnachweis befindet sich in der Zentralsalle, Ritterstraße 18. Derselbe ist geöffnet abends von 7-8 Uhr. Umschauen ist streng verboten. Springe. Bevollmächtigter Bobo Kell, Götternstraße. Kassierer Aug. Machelt, Zivollstraße 4. Sekretär zahlst die Briefunterführung aus.

Achtung Schreiner!

Die Firma **Karl Jughardt** in Höchst a. Main sucht unter großen Versprechungen Schreiner. Wir ersuchen die Kollegen, hierauf nicht hereinzufallen und erst Erkundigungen bei der Lokalverwaltung hier einzuziehen. Des Weiteren machen wir bekannt, daß das Umschauen in Höchst a. M. zu unterlassen ist und nur unser Arbeitsnachweis, Königsteinerstraße 65, zu benutzen ist.

Die Korbmacher **Küselau** u. **Winkler** werden ersucht, ihre Adressen umgehend an den Bevollm. **O. Lehmann, Cisleben**, Deuschnerstraße 17, zu senden.

Kollege **Erhardt Vogel**, Schreiner, Buch-Nr. 84690, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Pforzheim nachzukommen. Kollegen, welche den Aufenthalt desselben wissen, werden ersucht, sofort an den Bevollmächtigten, **Adam Schief, Pforzheim**, Ostl. Kalkfriedrichstr. 43, zu berichten.

Theodor Verfürth, Korbmacher von Cleve, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber dem hiesigen Holzarbeiterverband nachzukommen. Kollegen, die dessen Aufenthalt kennen, mögen ihn darauf aufmerksam machen und uns gütigst Mitteilung geben.

Schweiz. Holzarbeiterverband, Sektion Luzern.

Wächler Karl Weiss, Buch-Nr. 196105, und **Tischler Max Michael**, Buch-Nr. 46386, Prozeß gewonnen, senden eure Adressen sofort an **C. Schmidt, Braunschweig**, Werber 32 II.

Möbelfabrik Süddeutschlands sucht zu sofortigem Eintritt tüchtige **Möbelschreiner** für schöne, dauernde Arbeit. Gest. Offerten unter **A. Z. 26** an die Exp. d. Bl.

Zwei tüchtige **Tischlergesellen** für Bauarbeit und Möbel finden dauernde Beschäftigung bei **H. Jeserich, Peifus i. Marf.**

Beizer und **Polierer**, 24 Jahre alt, sucht sofort oder später dauernde Arbeit. Gest. Off. unter „**dauernd 32**“ an die Exp. d. Bl.

Mehrere tüchtige **Tischler**, sowie einen perfekten **Zuschneider** für bessere eichene Möbel und Geschäftseinrichtungen für dauernd gesucht.

A. Türklitz, Möbelfabrik Brandenburg a. Savel.

Tüchtige **Möbelschreiner**, **Beizer** und **Polierer** finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei **Möbelfabrik Veihl & Cie., m. b. H. Pforzheim.**

Zwei **Schreiner** für bessere Bauarbeiten sucht **Valentin Weppler, Mech. Schreinerlei Alsfeld (Oberhessen).**

Suche sofort einen tüchtigen **Tischlergesellen** bei sehr hohem Lohn. **Hugo Jahn, Van-u. Möbelfabrikerei m. Kraftbetr. Oberloquitz bei Marktgritz, Thüringen.**

Tüchtige **Polierer** auf meiche Stühle gesucht, suchen bei gutem Lohn **Goldmann & Jamin, Holzgalanteriewarenfabr. Obernfeld bei Frankfurt a. M.**

Ein tüchtiger **Zuschneider** sucht Stellung als solcher oder ähnlichen Posten. Off. unt. **A. Z. 33** an die Exp. d. Blg. erbeten.

Ein tüchtiger **Dekupierfäger** (für Kraftantrieb) sucht sofort dauernde Stellung. **Fr. Raase, Antlam (Pomm.) Burgstr. 15.**

Junger **Drechsler**, militärfrei, sucht per sofort nach Pfingsten dauernde Stellung auf Kraftbetrieb. Gest. Offerten erbeten **E. Wilmner, Wiesbaden, Hochstraße 4.**

Der tüchtige **Korbmacher** auf Reifetörbe (Ball 12 Pf.) sucht sofort bei dauernder Arbeit. **Otto Busch, Cisleben.**

Zwei **Korbmacher** finden dauernde Beschäftigung auf Gestellarbeit und Geschlagenes, hauptsächlich Reifetörbe. **Richard Böttger**

Nr. 8 Nybrogatan, Stockholm, Schweden.

Drei bis vier jüngere **Korbmacher** auf Reifetörbe für dauernd. **Wittordlohn**. Eintritt sofort. **Aug. Ringado, Korbgewerkschaft Jahr (Baden).**

Tüchtige **Korbmacher** auf Gestellarbeit können sofort antreten. Reise nach 4 Wochen vergütet. **Paul Nave & Co. Breslau, Lauenzenstraße 111.**

Ein **Korbmacher** auf Roharbeit gesucht, guter Arbeiter. **H. Blanke, Bremen, Kl. Helle 26/27.**

Ein tüchtigen **Korbmacher** auf Mattarbeit sucht **Otto Langenthal, Seelze bei Hannover.**

Drei tüchtige **Korbmacher** finden auf Reifetörbe sofort bei hohem **Wittordlohn** dauernde Beschäftigung. **Wilhelm Liebe, Wunstorf b. Hann.**

Ein tüchtiger **Korbmacher** wird auf Großgeschlagen sofort gesucht. Lohnende und dauernde Arbeit. **H. Mühlberg, Wittweida (Sachsen).**

Sofort **Korbmacher** gesucht auf grün matt. Dauernde Arbeit. **A. Rickels Elmshorn i. Holst., Sandberg 11.**

Gesucht für sofort jüngerer tüchtiger **Bürstenmacher**, mit allen vorkommenden Arbeiten (auch Solgarbeit) durchaus vertraut, f. dauernde Beschäftigung (Mitteldeutschland). Offerten mit Angabe der Bedingungen unter **K. L. 31** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Ein junger tüchtiger **Bürstenmacher** sofort in dauernde Stellung gesucht von **Rob. Scholz, Duzlan, Ev. Kirchplatz 10.**

Ein **Bürstenmacher** auf Bürsten und Besen sofort gesucht. **Herm. Mengler, Mülheim a. Ruhr Biesenbach 17.**

Einige tüchtige **Zurichter** sowie mehrere **Becher** auf Plafondbürsten bei hohem **Wittordlohn** für sofort gesucht. **Thüringer Bürstenfabrik Franz Ruge, Arnstadt i. Th.**

Achtung Pantoffelmacher! Wer nimmt monatlich 800 bis 1000 Paar erlene Pantoffel ab, oder wer kann mir einen solchen Abnehmer nachweisen? Gest. Offerten erbittet **Albert Mitschrick, Grünberg (Schlesien), Ackerstraße 2.**

Zu verkaufen **Holzdrecherei** mit Motorbetrieb, nachweisbar rentabel. Günstige Anziehung. Offerten unter **F. R. 34** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Wer liefert **Dekupierfäger** (Massenartikel)? **Paul Krause, Dresden Gr. Blauenstraße 32.**

Die Expedition unserer Zeitung hat von dem Werk:

Der Bau und die Konstruktion der Treppen ohne höhere technische Vorkenntnisse. Leichtfaßliches Lehrbuch zum Selbstunterricht für Bauhandwerker herausgegeben von **Hermann Kummier in Leipzig.** Dritte gänzlich umgearbeitete Auflage. Mit umfangreichem beschreibendem Text und 12 Tafeln Zeichnungen. Preis 3,25 Mark.

einen Posten angekauft und offerieren wir dasselbe den **Reichsbürgern** zum Vorzugspreis von 2 Mark gegen Voreinsendung des Betrags. Bei Nachnahmesendung 20 Pfennig mehr.

Ferner ist neu erschienen: **Praktisches Unterrichtsbuch für Tischler, Bildhauer, Drechsler usw.** von **Emst Loose** städtischer Lehrer und Lehrer an der Bundesfachschule zu Magdeburg. Dritte, bedeutend erweiterte u. verbesserte Auflage. Preis 3,50 Mark für das gebundene Exemplar. Bei Nachnahmesendungen 20 Pf. mehr. Die Expedition der „**Solgarb.-Zg.**“

3 Monate zur Probe versende ich meine Haarschneidemasch. **Nr. 218.**

„**Familienfreund**“ m. 2 Aufschieb. kämmen, sod. d. Haare auf 3, 7 u. 10 mm geschnitten werden können. Preis per Stück **2 Mk. 3.50** ohne Portoaufschlag. Dieselb. Maschine, aber stärkere Ausführung Nr. 217, nur **2 Mk. 5.-** p. Stück. Versand geg. Nachnahme oder Voreinsendung. Meine Maschinen sind von Jedermann sofort zu gebrauchen. Umsonst und portofrei verlange man meinen Pracht-Katalog mit grossartigen Neuheiten über Solinger Stahlwaren etc. Durch den Verkauf meiner Waren kann sich Jedermann mit leichter Mühe einen schönen Nebenverdienst erwerben. **Paul Schnittert** Stahlwarenfabrik und Versandhaus **Wald-Solingen. 44.**

Holzbearbeitungsmaschinen sind zu verkaufen bei **Karl Lehner, Deuben, Str. Dresden Schulstraße 3.**

Vorsicht!

Lassen Sie sich nicht täuschen durch nachgemachte

Granat-Politur

Granat-Politur ist meine Erfindung, seit 10 Jahren anerkannt lt. zahlreichen Gutachten. Alle anderen gleichnamigen Fabrikate sind wertlose Nachahmungen, deren Nachteile sich später bemerkbar machen. Eine einzige Firma bezog nachweislich seit Oktober 1904, also in fünf Monaten, für ca. 5000 Mark Granat-Politur von

Lack- und Politurwerk C. Bratsch Reinickendorf-Berlin.

Deutsch. Arb.-Stenographen-Bund Sitz Frankfurt a. M. & Syst. Arends. Unentgeltlicher brieflicher Unterricht. Interessenten richten ihre Adresse an **Aug. Grimm, Frankfurt a. M., Markt 36.**

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl. Zeichner * Werkführer * Meister

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Tourenb. f. Radf.) über 2000 Meilestouren. 3 Karten. Gebund. Mt. 1,50. Zu beziehen durch **S. Scherm, Stuttgart, u. alle Buchh.**

Korbmacher-Werkzeug unter Garantie.

Liste gratis. **L. Fogelberg, Heinsberg, Rheinl.**

Soberano Fahrräder, Näh- u. Wringmaschinen und die besten u. billigsten. Fahrräder mit 1, 2 u. 3 Jahre Garantie v. M. 56.- bis M. 180.-. Fahrräder mit Sonnenrahmenfeld, höchste Erregungskraft d. modern. Fahrradtechnik. Freilaufhinteräder von Mk. 9.- an. Alle Bedarfsartikel sehr billig. Kat. uml. u. fr. Wieder. **Solgarana-Fahrrad-Industrie** verk. gel. Volk & Crambauer, Nürnberg 199.

Neues Pflaumenmus

füß, dick eingefocht, unübert. im Geschmack. **Post-Emaille-Eimer 28 Pfd. Mt. 4,50** **Post-Eimer 10 Pfd. = 2.-** **Fässer von 38, 55, 70-140 Pfd. à Pfd. 0,14**

Tafelhonig

präp., kräftigend. u. gesund. Nahrungsmittel. **Post-Emaille-Eimer 10 Pfd. Mt. 3,30** **Salz-, Senf- u. Pfeffergurken, Preiselbeeren** lt. Preisl. Gefäße frei, ab hier geg. Nachnahme. **Heinr. Eckstein** Konservenfabrik **Magdeburg 21.**

Ein praktisches, billiges u. hervorragendes Gelegenheitsgeschenk * ist unstreitig meine weltberühmte Rasiergarnitur Nr. 2712. *



Kein polierter Holzkasten, verschließbar mit verstellbarem Rasier Spiegel, enthält sämtliche Rasierutensilien:
1. Sicherheits-Rasierapparat mit Anleitung oder auf Wunsch ein Ia Silberstahl-Rasiermesser,
2. einen guten Streichriemen,
3. eine Dose Schärmasse,
4. eine Dose antisept. Rasierseife,
5. einen Rasierpinsel,
6. eine vernickelte Rasierschale.
Alles zusammen in Ia Qualität nur **3 Mark** gegen Nachnahme.

Nr. 2714 und Nr. 2736 dieselben Garnituren in imitiertem Lederkasten ohne Spiegel, erstere mit Sicherheits-Rasierapparat, letztere mit Ia Rasiermesser kosten nur **2,50 Mark**. — Alle meine Rasiermesser und Sicherheits-Rasierapparate sind fertig zum Gebrauch. **Porto 50 Pfennig**, bei Aufträgen von **10 Mark** an portofrei. **Illustrierter Katalog** meiner Waren, über **6000** Gegenstände enthaltend, unsonst und portofrei.

Große Auswahl in Haarschneidemaschinen schon von **3,20 Mark** an.

Engelswerk C. W. Engels

Foche bei Solingen **Stahlwarenwerke und Versandgeschäft.** **Grösstes Stahlwaren-Versand-Geschäft überhaupt.** Einziges Versandgeschäft mit wirklichem Fabrikbetrieb hier in Foche. Grösstes Warenlager im Solinger Industriegebiet. Eigene Reparaturwerkstätte. Reparaturen (auch solcher Waren, die nicht von mir bezogen worden sind) werden prompt und unter billiger Berechnung ausgeführt. Besondere per Nachnahme **Wichtiges** wird noch nach 30 Tagen zurückgenommen und der Betrag zurückerstattet. **Wichtigste** Garantie. **Wichtig** wird von einer Kontierung hin und wieder auf ein Mittel als Nachzahlung zu einem billigeren Preise angeboten, als er in meiner Preisliste bezeichnet ist, denn in dieser Partie vom gleichen Tage ab bei mir zum gleichen Preise zu haben. Man bitte sich aber vor Täuschungen, denn in den meisten Fällen handelt es sich um minderwertige Ware. Für die gute Qualität meiner Waren leite ich weitestgehende Garantie. Meine Fabrik wird in diesem Jahre durch nahezu vollendete Neuheiten um das Doppelte vergrößert.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 * Eilbeck * Pappel-Allee 26-36 **Fabrik chemischer Produkte.**

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattino, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasser-echt, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Olanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserrechte Holzen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauchen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's** Patent-Politur zum Reinspolieren, erzeugt durch einen einzigen Ballen glas-harten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken und verhindert unter Garantie das Olan ausschlagen.
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Filzstempelpapier sind überall gelobt, da scharf und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist 1897 „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1899.
- Paul Horn** erhielt das 1897 Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1899.
- Paul Horn** besitzt das 1897 Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1899.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen u. Gowerbemuseen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisblätter gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag von Carl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.